

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Vertreibung der Palästinenser aus Al-Faljuja durch die Israeli 1948. Foto Archiv

60 Jahre Israel, 60 Jahre Flüchtlingselend

«Gottbestimmt»

Nach herkömmlicher Überzeugung hat die israelische Regierung keinen Wunsch nach Frieden, weil sie die Siedler und ihre Unterstützer fürchtet. Der Frieden, über den geredet wird – der Frieden mit «zwei Staaten für zwei Völker» – verlangt die Auflösung von Dutzenden von Siedlungen, einschliesslich derjenigen, die die politische und ideologische Führung der ganzen Bewegung beherbergen. Das würde eine Kriegserklärung gegen 250 000 Siedler bedeuten – ausgenommen diejenigen, die freiwillig mit grosszügigen Kompensationen die Siedlungen verlassen würden. Das augenblickliche Argument ist, dass die Regierung für solch eine Konfrontation zu schwach ist.

Von Uri Avnery

Im Monat Mai 2008 wird Israel seinen 60. Geburtstag feiern. Die Regierung ist fieberhaft damit beschäftigt, diesen Tag in einen der Freude und des Jubels zu verwandeln. Etwa 40 Millionen Dollar, die hätten helfen können, ernste, zum Himmel schreiende Probleme zu lösen, sind für diesen Tag gedacht.

Aber den Leuten ist gar nicht nach Feiern zumute. Sie sind bedrückt.

Aus allen Richtungen wird der Regierung vorgeworfen, für diese Niedergeschlagenheit verantwortlich zu sein: «Sie hat keine Agenda», ist der Refrain, «Sie denkt nur an ihr eigenes Überleben.» (Das Wort «Agenda» mit seiner englischen Aussprache, ist jetzt in Israels politischen Kreisen ein Modewort, ein perfekt passendes Wort dafür im Hebräischen wird beiseite geschoben.)

Es ist schwer, nicht der Regierung Schuld zu geben. Ehud Olmert hält endlos Reden, wenigstens eine Rede pro Tag, den einen Tag bei einer Konferenz von Industriellen, am nächsten in einem Kindergarten – und sagt absolut nichts. Es gibt weder eine nationale Agenda, noch eine wirtschaftliche oder eine soziale Agenda, auch keine kulturelle – nichts.

Als er zur Macht kam, stellte er etwas vor, das wie eine Agenda klang: «Hitkansuth», ein unübersetzbares Wort, das in etwa «Konzentrieren», «Zusammenziehen», «Einsammeln» bedeutet. Es sollte eine historische Operation werden: Israel würde einen grossen Teil der besetzten Gebieten aufgeben, die Siedlungen östlich der «Trennungsmauer» auflösen und die Siedlungen annekieren, die zwischen der Grünen Linie und der Mauer liegen.

Jetzt, zwei Jahre und einen Krieg später, war nichts davon übrig geblieben, selbst das Wort wurde vergessen. Das einzige Spiel in der Stadt ist die «Verhandlung» mit der palästinensischen Behörde – sie war von Anfang an eine Farce. Wie Schauspieler auf einer Bühne, die aus leeren Gläsern trinken, behaupten alle Seiten, dass die Verhandlungen weitergehen. Sie treffen sich, umarmen sich, lächeln, posieren für die Fotografen, berufen gemeinsame Arbeitsgruppen ein, halten Pressekonferenzen, geben Erklärungen ab – und in Wirklichkeit geschieht nichts, absolut nichts.

Wozu diese Farce? Jeder der Beteiligten hat seine eigenen Gründe: Olmert braucht eine Agenda, um die Leere zu füllen. George Bush, eine lahme Ente, der auf jedem Feld nichts

als Ruinen hinter sich lässt, will wenigstens noch einen Erfolg vorweisen – so fiktiv er auch sein mag. Armer Mahmoud Abbas, dessen weitere Existenz von seiner Fähigkeit abhängt, seinem Volk einige politische Errungenschaften vorzuweisen, klammert sich mit seiner verbleibenden Kraft an diese Illusion. Das Theater geht also weiter.

Absurdes Theater statt Verhandlungen

Aber jeder, der glaubt, dass die Regierung keine Agenda habe und dass der Staat Israel keine Agenda habe, hat ganz und gar unrecht. Es gibt eine Agenda, nur ist sie verborgen. Genauer gesagt: sie ist nicht bewusst.

Die Leute sagen, die Ideologie sei tot. Auch das ist falsch. Es gibt keine Gesellschaft ohne Ideologie, und es gibt kein menschliches Wesen ohne eine Ideologie. Wenn es keine neue Ideologie gibt, dann wirkt die alte Ideologie weiter. Wenn es keine bewusste Ideologie gibt, dann gibt es eine unbewusste, die viel mächtiger sein kann – und viel gefährlicher.

Warum? Eine bewusste Ideologie kann analysiert, kritisiert und bekämpft werden. Es ist viel schwieriger, eine unbewusste zu bekämpfen, die die Agenda regelt, ohne offenkundig zu sein.

Darum ist es so wichtig, sie zu bestimmen, aufzudecken und zu analysieren.

Wenn man Olmert fragte, würde er energisch leugnen, er habe keine Agenda. Er hat eine perfekte Agenda: Frieden zu machen (was heute «permanenter Status» genannt wird). Und nicht nur irgendeinen Frieden, sondern einen, der sich auf «Zwei Staaten für zwei Völker» gründet. Ohne solch einen Frieden – so sagt Olmert – «sei der Staat am Ende».

Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

31. Jahrgang
Nr. 2 – 2008
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

60 Jahre Israel – 60 Jahre Vertreibung: Veranstaltungen	2
Niemals vergessen: Das Massaker von Deir Yassin	3
Mumia Abu-Jamal: Feige US-Richter	4
Kuba: Lernen, ohne Fidel zu laufen	5
Uran-Geschosse: Schleichender Massenmord	6
NATO: Inszenierter Terror in Europa	7
Rudi Dutschke: Medien lenkten die Pistole	8

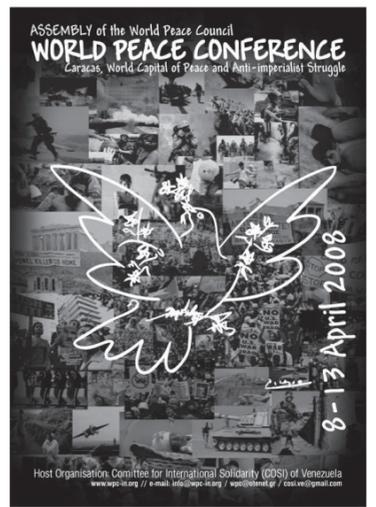
Caracas: Welthauptstadt des Antiimperialismus

Weltfriedensrat ist erwacht

Der Weltfriedensrat scheint endgültig aus dem Schlaf erwacht. Der Delegierte der Schweizerischen Friedensbewegung SFB Jonas Jäggi jedenfalls erlebte in der Hauptstadt Venezuelas eine sehr lebhaftige Tagung.

Von Jonas Jäggi

«Welthauptstadt des Friedens und des antiimperialistischen Kampfes» – so hiess Caracas für die Dauer vom 8. bis 13. April 2008, denn Venezuelas Hauptstadt war Tagungsort der Generalversammlung des Weltfriedensrates (WFR). Es gibt ihn noch, den Weltfriedensrat. Und er scheint sich von der Krise nach dem Zusammenbruch des Ostblocks langsam zu erholen. Dies nicht zuletzt dank der starken Förderung durch das griechische Friedenskomitee, seit der Sitz von Paris nach Athen verlegt wurde. Zum ersten Mal in seiner Geschichte tagte der WFR in Südamerika. All die alten Friedenskämpfer aus Palästina, Vietnam, Indien, Südafrika und dem Kongo, aus allen Ecken der Welt kamen sie nach Caracas und auch die Schweizerische Friedensbewegung SFB war als Mitgliedsorganisation vertreten. Insgesamt waren es Delegationen aus 76 Ländern von 124 Organisationen, darunter auch viele jüngere, im speziellen aus Lateinamerika.



Morgendämmerung

Gastgeber war das seit den Siebziger Jahren bestehende Venezolanische Komitee für Internationale Solidarität (COSI), das bei der Organisation der Konferenz tatkräftig von der Regierung unterstützt wurde. Deshalb Fortsetzung auf Seite 4

Täglich 5 x Gratis

Bis zu fünf Zeitungsspender mit Gratiszeitungen stehen an den besten Passantenlagen in den Städten und Bahnhöfen der Schweiz. Eines der Blätter soll man sogar in 20 Minuten gelesen haben. Tatsächlich hat man in dieser Zeit gleich alle gelesen. Testen Sie es selbst und Sie werden feststellen: Es steht in allen Erzeugnissen das Gleiche. Presse- und Agenturmeldungen sogar wortwörtlich. Auch die thematischen Schwerpunkte sind gleich verteilt. Äusserst wichtig scheinen Fragen zu sein wie: welche Slips gerade Britney Spears trägt und ob überhaupt. Das ist der Stoff aus dem die Skandale gemacht werden.

Politische Meldungen sind ebenfalls alle gleich, sie entsprechen dem medialen Mainstream. Keine wirklichen Analysen, keine kritischen Fragen und schon gar keine Überprüfung des Wahrheitsgehalts der übernommenen Texte. Dabei galt einmal für einen seriösen Journalismus die Devise: Nichts kommt in die Zeitung, was nicht von mindestens zwei von einander unabhängigen Quellen bestätigt wurde.

Dass diese Devise von den Gratiszeitungen nicht befolgt wird, können Sie jeweils im hinteren Teil nachlesen. Dann nämlich wenn der grosse Aufmacher von vor ein paar Tagen in zwei/drei Zeilen berichtet werden muss.

Was solls, die Informationen kosten die Leser ja nichts, und somit ist das Preis-Leistungsverhältnis in Ordnung.

Trotzdem bleibt noch die Frage, weshalb die grossen Medienkonzerne, welche hinter den Gratiszeitungen stecken, dieses defizitäre Geschäft überhaupt betreiben?

Wir von «Unsere Welt» können uns leider kein Gratis-Vertriebssystem leisten. Wir sind auf den Abonnementsbeitrag und auf Spenden angewiesen. Dafür erhalten unsere Leser 4 x im Jahr Informationen, welche garantiert mehr als 20 Minuten wert sind.

(Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7)

Ruedi Moser, Sekretär SFB

Fortsetzung von Seite 1

Warum gibt es dann in diesem Fall keine Verhandlung, sondern nur einen absurdes Theater? Warum geht der Siedlungsbau so massiv weiter, selbst in den Siedlungen östlich der Mauer und innerhalb des Gebietes, das Regierungssprecher für den palästinensischen Staat vorschlagen? Warum führt die Regierung jeden Tag militärische und zivile Aktionen durch, die den Frieden nur immer weiter in die Ferne schieben?

Gemäss der Regierung selbst und im Gegensatz zu dem, was sie anfangs selbst sagte, hat sie nicht die Absicht, noch 2008 Frieden zu machen. Höchstens wird es ein «Schubladenabkommen» geben. Das ist eine originelle israelische Erfindung, ein Abkommen, das zunächst in die Schublade kommt «bis die Bedingungen reif sind». Mit andern Worten: sinnlose Verhandlungen für ein sinnloses Abkommen. Jetzt sagen sie, dass es nicht einmal dafür 2008 eine Chance gibt und nicht in absehbarer Zukunft.

Agenda gegen den Frieden

Es gibt keinen Ausweg vor den unvermeidlichen Schlussfolgerungen: Die Regierung arbeitet nicht für den Frieden. Sie will gar keinen Frieden. Und es gibt auch keine parlamentarische Opposition, die auf Frieden drängt und es gibt keinen Druck von Seiten der Medien.

Heisst das alles, dass es keine Agenda gibt? Nein, es bedeutet, dass hinter der falschen Agenda, die in den Medien erscheint, sich eine andere Agenda verbirgt, die für das Auge unsichtbar ist.

Die vergorgene Agenda ist gegen Frieden. Warum?

Nach herkömmlicher Überzeugung hat die Regierung keinen Wunsch nach Frieden, weil sie die Siedler und ihre Unterstützer fürchtet. Der Frieden, über den geredet wird – der Friede-



Die Vertreibung der Palästinenser 1948: Flüchtlinge im Lager von Nahr Al Barid

Aber der Siedlungsbau ist nur ein Symptom, nicht der Kern des Problems. Warum sonst friert die Regierung ihn nicht wenigstens einfach ein, wie sie sich viele Male verpflichtet hat? Wenn die Siedlungen das Haupthindernis zum Frieden wären, warum werden sie jetzt sogar vergrössert und warum werden noch neue Siedlungen gebaut unter dem Decknamen von neuen «Vororten» bestehender Siedlungen?

Klar, die Siedlungen sind in Wirklichkeit auch nur ein Vorwand. Etwas Profunderes veranlasst die Regierung und das ganze politische System, den Frieden abzuweisen.

Das ist die verborgene Agenda.

Die Grenze ist der Kern

Welches ist der Kern des Friedens? Eine Grenze.

Wenn zwei benachbarte Völker mit einander Frieden schliessen, setzen sie als erstes die Grenze zwischen sich fest.

Und genau dies ist es, wogegen das israelische Establishment opponiert,

nicht aufgegeben. Nach dem Sechstagekrieg wurde die Karte, die alle Eroberungen einschloss – auch die Golanhöhen und die ganze Sinai-Halbinsel – vom rechten Flügel vorgezogen.

Aber all diese Karten sind nur Zeichenspiele. Die wirkliche zionistische Vision erkennt gar keine Karten an. Es ist die Vision eines Staates ohne Grenzen – eines Staates, der sich zu allen Zeiten ausdehnt, je nach seiner demographischen, militärischen und politischen Macht. Die zionistische Strategie ähnelt dem Gewässer eines Flusses, der ins Meer fliesst. Der Fluss schlängelt sich durch die Landschaft, umfließt Hindernisse, wendet sich nach rechts und nach links, manchmal an der Oberfläche, manchmal darunter und unterwegs nimmt es immer mehr Quellen auf. Schliesslich erreicht er seine Bestimmung.

Unersättlicher Drang nach Ausdehnung

Das ist die wirkliche Agenda, unveränderlich, verborgen, bewusst und unbewusst. Sie braucht keine Entscheidungen, Formulierungen und Karten, weil sie in die Gene der (zionistischen) Bewegung kodiert ist. Dies erklärt unter anderem das im Bericht der Anklageanwältin Talia Sasson beschriebene Phänomen über die Siedlungen: dass alle Organe des Establishments, der Regierung und des Militärs ohne offizielle Koordinierung, aber in wunderbar effektiver Kooperation zusammenarbeiteten, um die «illegalen» Siedlungen aufzubauen. Jeder der Tausenden von Beamten und Offiziere, die Jahrzehnte mit dem Unternehmen zu tun hatten, wusste genau, was er zu tun hatte, ohne auch nur eine Instruktion erhalten zu haben.

Das ist der Grund für Ben Gurions Weigerung, in der Unabhängigkeitsklärung des neuen Staates Israel die Grenzen zu erwähnen. Er war keinen Augenblick lang mit den durch die Resolution der UN-Vollversammlung festgelegten Grenzen vom 29. November 1947 zufrieden. Genau wie alle seine Nachfolger. Sogar das Oslo-Abkommen skizzierte nur «Zonen», legte aber keine Grenzen fest. Präsident Bush akzeptierte diese Auffassung, als er «einen palästinensischen Staat mit provisorischen Grenzen» vorschlug – ein Novum im Völkerrecht.

Auch in dieser Hinsicht ähnelt Israel den USA, die entlang der Ostküste gegründet wurden, und die nicht ruhten, bis sie die Westküste auf der andern Seite des Kontinentes erreichten. Der unaufhörliche Strom von Einwanderern, die aus Europa kamen und gen Westen strömten, alle Grenzen brachen und alle Abkommen verletzten, die indigene amerikanische Bevölkerung auslöschten, einen Krieg mit Mexiko begannen, Texas eroberten, in Mittelamerika und Kuba eindrangen. Die Parole, die sie vorantrieb und all ihre Aktionen rechtfertigte war 1845 von John O'Sullivan geprägt worden: «Manifest Destiny». («Die

USA sei von Gott dafür bestimmt gewesen, sich über den ganzen Kontinent auszubreiten».)

Die israelische Version von «Manifest Vorsehung» war Moshe Dayans Slogan: «Es ist unser Schicksal». Dayan, ein typischer Vertreter der zweiten Generation hielt in seinem Leben zwei wichtige Reden. Die erste und bekanntere hielt er 1956 am Grab von Roy Rutenberg in Nahal Oz, einem Kibbutz gegenüber von Gaza: «Direkt vor ihren Augen (der Palästinenser Gazas) verwandeln wir das Land und die Dörfer ihrer Vorfahren in unsere Heimstätte .. dies ist das Schicksal unserer Generation, die Wahl unseres Lebens, bereit und bewaffnet, stark und zäh zu sein – sonst wird uns das Schwert aus der Hand fallen und unser Leben ausgelöscht sein.»

Er dachte nicht nur an seine eigene Generation. Die zweite, weniger bekannte Rede ist die bedeutendere. Sie wurde im August 1968 nach der Eroberung der Golanhöhen vor einer Versammlung junger Kibbutzniks gehalten. Als ich ihn in der Knesset nach dieser Rede fragte, fügte er die ganze Rede in das Knessetprotokoll, was in unserm Parlament sehr ungewöhnlich ist.

Folgendes sagte er der Jugend: « Es ist unser Schicksal, in einem permanenten Zustand des Kampfes gegen die Araber zu leben ... Seit hundert Jahren, seit der Rückkehr nach Zion arbeiten wir für zwei Dinge: für den Aufbau des Landes und den Aufbau des Volkes ... das ist ein Prozess der Ausdehnung, von mehr Juden und mehr Siedlungen ...das ist ein Prozess, der sein Ende noch nicht gefunden hat. Wir wurden hier geboren und fanden unsere Eltern, die vor uns gekommen sind ... es ist nicht eure Pflicht, das Ende zu erreichen. Eure

Pflicht ist es, euren Teil hinzuzufügen ... während eurer Lebenszeit die Besiedlung nach euren besten Kräften zu erweitern ... nicht zu sagen: dies ist das Ende, wir haben es vollendet.»

Die Richtung des Flusses ändern

Dayan, dem die alten traditionellen Texte sehr wohl bekannt waren, dachte wahrscheinlich an das «Kapitel der Väter» (ein Teil der Mishna, die vor 1800 Jahren geschrieben worden war und die die Grundlage des Talmud bildete): «Es ist nicht eure Sache, die Arbeit zu beenden und ihr seid nicht frei, sie aufzugeben.»

Das ist die verborgene Agenda. Wir müssen sie aus den Tiefen unseres Unterbewusstseins in unser Bewusstseins holen, um ihr entgegenzutreten zu können, die in ihr liegende Gefahr aufzudecken, nämlich die Gefahr eines ewigen Krieges, der in Zukunft diesen Staat in eine Katastrophe führen wird.

Während wir uns dem 60.Jahrestag des Staates nähern, müssen wir unter dieses Kapitel unserer Geschichte einen Strich ziehen, den bösen Geist austreiben und klar sagen: ja, wir haben das Kapitel der Expansion und der Besiedlung beendet.

Dies wird uns in die Lage versetzen, die Richtung des Flusses zu verändern; der Besetzung ein Ende zu bereiten; Siedlungen aufzulösen; Frieden zu machen; eine Versöhnung mit dem Nachbarvolk zu bewirken; Israel in einen friedlichen, demokratischen, säkularen und liberalen Staat zu verwandeln, der alle seine Ressourcen zum Aufbau einer blühenden, modernen Gesellschaft verwendet und der vor allem einer Grenze zustimmt.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf's, vom Verfasser autorisiert)



«Wenn die Siedlungen das Haupthindernis zum Frieden wären, warum werden sie jetzt sogar vergrössert und warum werden noch neue Siedlungen gebaut unter dem Decknamen von neuen «Vororten» bestehender Siedlungen?», fragt sich Uri Avnery. Archivfoto der illegalen israelischen Siedlung HarHoma.

den mit «zwei Staaten für zwei Völker» – verlangt die Auflösung von Dutzenden von Siedlungen, einschliesslich derjenigen, die die politische und ideologische Führung der ganzen Bewegung beherbergen. Das würde eine Kriegserklärung gegen 250 000 Siedler bedeuten – ausgenommen diejenigen, die freiwillig mit grosszügigen Kompensationen die Siedlungen verlassen würden. Das augenblickliche Argument ist, dass die Regierung für solch eine Konfrontation zu schwach ist.

Nach einer zur Zeit beliebten Formel «sind beide Regierungen, die israelische und die palästinensische, zu schwach, um Frieden zu machen. Alles muss verschoben werden, bis auf beiden Seiten eine starke Führung auftaucht.» Einige Leute zählen hier auch noch die Bush-Regierung hinzu – ein Lahmer-Enten-Präsident kann keinen Frieden auferlegen.

weil sie die grundlegende Einstellung des zionistischen Unternehmens zu nichte macht.

Zu verschiedenen Zeiten hat die zionistische Bewegung zwar Karten gezeichnet. Nach dem 1. Weltkrieg legte sie der Friedenskonferenz die Karte eines jüdischen Staates vor, der sich vom Litanifluss im Libanon bis nach El-Arish in der Sinaiwüste erstreckt. Die Karte von Vladimir Ze'ev Jabotinsky, die das Emblem der Irgun wurde, zeichnete die Grenzen des ursprünglichen britischen Mandates auf beiden Seiten des Jordans. Israel Eldad, einer der Führer der Sterngruppe, verteilte jahrelang eine Karte des israelischen Reiches, das von der Mittelmeerküste bis zum Euphrat reichte, und Jordanien und den Libanon einschloss und dazu grosse Teile von Syrien und Ägypten. Sein Sohn, das rechts-extreme Knessetmitglied Arieh Eldad hat diese Karte noch

60 Jahre Israel – 60 Jahre Vertreibung Veranstaltungen

Zahlreiche Veranstaltungen in der ganzen Schweiz erinnern gegenwärtig an die Vertreibung der Palästinenser vor 60 Jahren, die mit der Gründung des Staates Israel einher ging. Wir bringen eine Auswahl. Details sind jeweils der Tagespresse zu entnehmen oder über die Webseite www.nahostfriede.ch abrufbar.

Zürich, 8. Mai – 5. Juni Fünfmal Palästina: (K)ein Staat für die Geschundenen

Eine Veranstaltungsreihe im grossen Saal des Zentrums Karl der Grosse, Kirchgasse 14, 8001 Zürich. 8. Mai/16. Mai/23. Mai/29. Mai/5. Juni, jeweils 20.00 Uhr. Organisation: Stadt Zürich/Zentrum Karl der Grosse und Peace Watch Switzerland mit Unterstützung von HEKS, NZZ, WOZ

Zürich, 13. Mai, Volkshaus, Weisser Saal, 19.30 Uhr
Podium mit **Dr.med. Ruchama Marton**, Präsidentin Physicians for Human Rights, PHR-Israel, Tel Aviv, und **Heidar Abu Ghosh**, Direktor des Programms für chronische Krankheiten der Palestinian Medical Relief Society, Ramallah. In englischer Sprache – mit Simultanübersetzung. Organisation: medico international schweiz, unterstützt von der Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina und dem Verein der palästinensischen Gemeinde in der Schweiz

Basel, 15. Mai, Marktplatz, 15 – 20 Uhr Erinnerung an 60 Jahre Vertreibung

Mit Zelten und Schildern der mehr als 400 zerstörten Dörfer, mit kulturellen Darbietungen, mit Verkaufständen von palästinensischen Produkten, mit Bildern und Informationen. Organisation: Palästina-Solidarität Region Basel

Bern, 15. – 22. Mai Veranstaltungsreihe zu 60 Jahre Israel / 60 Jahre Nakba

15./16. Mai, Käfigturm, Beginn jeweils 12.00 Uhr: Filme zum Leben in einem besetzten Land. 17. Mai, Waisenhausplatz, 13.00 Uhr: Aktion Frauen in Schwarz gegen die israelische Besetzung. 22. Mai, Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 19.30 Uhr: Podium mit Sumaya Farhat-Naser und Ernest Goldberger. Organisiert u.a. von Gerechtigkeit und Frieden in Palästina.



Alltag im Gazastreifen 1: Von zwei israelischen F-16-Raketen zerstörtes fünfgeschossiges Hauptquartier des Palästinensischen Gewerkschaftsbundes.

Sechzig Jahre nach Deir Yassin

Niemals vergessen

Vor 60 Jahren, am 9. April 1948, kurz vor der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Israels, wurden im palästinensischen Dorf Deir Yassin über 250 Einwohner von jüdischen Truppen niedergemetzelt. Ronnie Kasrils, lange Jahre ein führender Funktionär des Südafrikanischen Nationalkongresses ANC und heute als Minister zuständig für den südafrikanischen Geheimdienst, schaut auf das Massaker zurück.

Von Ronnie Kasrils

Als 10-Jähriger, der in Johannesburg aufwuchs, feierte ich vor 60 Jahren Israel's Geburt. Ich akzeptierte ohne jegliche Zweifel die dramatischen Darstellungen der sogenannten Verteidigungsaktionen zur Rettung des Staates Israel vor der arabischen Aggression.

Als ich mich unserem Befreiungskampf anschloss wurden mir die Ähnlichkeiten zum Kampf der Palästinenser bewusst, die Landenteignungen, das Geburtsrecht in einer sich ausweitenden Besatzung durch Siedler.

Mir wurde bewusst, dass der Vergleich des rassistischen und kolonialen Charakters dieser beiden Konflikte näher liegt als der mit irgend einem anderen Kampf. Als Nelson Mandela sagte, dass wir als Südafrikaner wüssten, dass unsere Freiheit ohne die Freiheit der Palästinenser unvollständig sei, sprach er nicht einfach nur zu unserer muslimischen Gemeinde, die erwartungsgemäss damit sympathisieren würde, sondern zu allen Südafrikanern, weil wir alle die Erfahrung der rassistischen und kolonialen Knechtung gemacht haben und den Wert der internationalen Solidarität kennen.

Als ich damals vom Schicksal der Palästinenser erfuhr, war ich zutiefst erschüttert. Und besonders dann, als ich die Augenzeugenberichte des Massakers in einem palästinensischen Dorf las, das einen Monat vor der unilateralen Unabhängigkeitserklärung Israels stattfand. Es geschah in Deir Yassin, einem ruhigen Dorf nahe Jerusalem, das unglücklicherweise an der Strasse nach Tel Aviv lag. Am 9. April 1948 wurden dort 254 Männer, Frauen und Kinder von den zionistischen Truppen niedergemetzelt, um die Strasse zu sichern. Da dies einer der wenigen solchen Vorkommnisse war, dem im Westen Aufmerksamkeit durch die Medien zuteil wurde, versuchte die zionistische Führung nicht, die Tat zu leugnen, sondern stellte sie als Verirrung von Extremisten dar. Tatsächlich war diese Gräueltat jedoch Teil eines ausgedehnten Plans, der vom zionistischen Oberkommando entworfen und von

Ben Gurion persönlich geleitet wurde. Sein Ziel war die ethnische Säuberung der Palästinenser aus dem Gebiet welches unter dem britischen Mandat stand, und damit die Aneignung von soviel Land wie nur möglich für den geplanten jüdischen Staat.

Es gibt viele Berichte, die bekräftigen dass in Deir Yassin eine Mordorgie stattfand, die weit über das Sharpville Massaker von 1960 hinausgeht, welches mich dazu bewegte, mich dem afrikanischen Nationalkongress ANC anzuschliessen. Meine

meinen Nachbarn mit einem Schwert aufschlitze...»

Einer von den Truppen, ein schockierter jüdischer Soldat namens Meir Pa'el, berichtete an das Oberkommando der Haganah: «Es war Mittag als der Kampf beendet war. Es war ruhig geworden, doch das Dorf hatte sich nicht ergeben. Die Paramilitärs der Etzel (Irgun) und der Lehi (Stern) begannen ihre Aufräumaktion. Sie schossen mit allen Waffen die sie hatten und warfen Sprengstoff in die Häuser. Sie erschossen jeden den sie sahen. Die Kommandeure schickten sich nicht an, über das Schlachten zu wachen. Ich bettelte zusammen mit einigen Einwohnern, die Kommandeure sollten doch Befehle geben, das Schiessen beenden, doch unsere Mühen waren erfolglos. Etwa 25 Männer wurden aus den Häusern gebracht. Sie wurden in Lastwagen geladen und in einer «Siegesparade» durch Jerusalem gefahren. Dann wurden sie zu einer Mine gebracht und erschossen. Die



Alltag im Gazastreifen 2: Palästinensische Kinder spielen auf den Trümmern zerstörter Wohnhäuser.

Reaktion war: Wenn mich Sharpville entsetzt hatte, konnte ich dann eine gleichgültige Haltung gegenüber Deir Yassin einnehmen?

Fahimi Zidan, der damals als Kind überlebt hatte indem er sich unter den Leichen seiner Eltern versteckt hatte, erinnert sich: «Die Juden befahlen uns, uns an der Wand aufzureihen. Sie begannen zu schiessen, alle wurden umgebracht: mein Vater, meine Mutter, Grossvater und Grossmutter, Onkel und Tanten und manche ihrer Kinder. Halim Eid sah, wie ein Mann meiner Schwester, die schwanger war in den Nacken schoss. Dann schnitt er ihr mit einem Schlächtermesser den Bauch auf... In einem anderen Haus sah Naaneh Khalil, wie ein Mann

Frauen und Kinder, welche überlebt hatten luden die Soldaten auf einen Lastwagen und brachten sie zum Mandelbaum Tor.»

Auch IKRK war Zeuge

Ein britischer Offizier, Richard Catling berichtete: «Es besteht kein Zweifel daran, dass seitens der angreifenden Juden viele sexuelle Gräueltaten verübt wurden. Viele junge Schulmädchen wurden vergewaltigt und später geschlachtet. Auch viele Säuglinge wurden geschlachtet und ermordet. Ich sah auch eine Greisin, auf deren Kopf heftig mit einem Gewehrkolben eingepögelte wurde.»

Jacques de Reynier vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes traf

das «Aufräumkommando» bei seiner Ankunft im Dorf: «Die Bande, junge Männer und Frauen, waren bis an die Zähne bewaffnet und trugen Mächtchen mit sich. Die meisten davon waren noch blutbeschmiert. Ein schönes junges Mädchen zeigte mir ihre bluttriefende Machete. Sie führte es wie eine Trophäe vor. Das war das «Aufräumkommando», das offensichtlich ihre Aufgabe sehr gewissenhaft erledigte.»

Er beschrieb die Szene, der er sich beim Betreten der Häuser gegenüber fand:

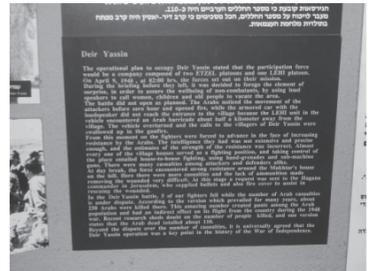
«Zwischen den Möbeln fand ich einige ausgeweidete Leichen. Das «Aufräumen» war mit Maschinengewehren und Handgranaten vonstatten gegangen, und mit Messern beendet worden. Ich schob die Leichen zur Seite, und fand ein kleines von einer Handgranate verstümmeltes Mädchen. Es war überall derselbe schreckliche Anblick. Diese Bande war erschreckend diszipliniert und hatte lediglich Befehle ausgeführt.»

Die Gräueltaten in Deir Yassin spiegeln das wieder, was auch andernorts geschah. Der israelische Historiker Ilan Pappé hat 31 Massaker akribisch protokolliert, von Dezember 1947 bis Januar 1949. Sie attestieren eine systematische Terrorherrschaft, die die Flucht der Palästinenser von ihrem Geburtsland einleiten sollte. Als Resultat wurden beinahe alle palästinensischen Städte rasch entvölkert und 418 Dörfer systematisch zerstört.

Als erster Landwirtschaftsminister Israels erklärte Aharon Cizling am 17. November 1948: «Ich habe oft widersprochen wenn die Briten als Nazis bezeichnet wurden, auch wenn sie Naziverbrechen begangen haben. Doch jetzt haben sich auch die Juden wie Nazis verhalten, ich bin erschüttert.» Trotz dieser Gefühle stimmte Cizling zu, dass diese Verbrechen geheim gehalten werden sollten, was einen nachhaltigen Präzedenzfall schuf. Dass solche Barbarei nur drei Jahre nach dem Holocaust von Juden begangen worden war, muss zu grässlich gewesen sein um es ins Auge zu fassen, da es eine gravierende Peinlichkeit für den Staat Israel bedeutet hätte, der zum «Licht unter den Nationen» empor gehoben wurde. Deshalb wurde der Versuch unternommen, die Wahrheit hinter einem Schleier aus Geheimhaltung und Desinformation zu verstecken. Wie konnte man besser jegliche Ermittlungen verhindern, denn mit Berufung auf das allumfassende Alibi vom Recht Israel's auf Selbstverteidigung, die unproportionale Gewaltanwendung und kollektive Bestrafung gegen jeglichen Widerstand missachtend.

Zeit der Trauer

Genau weil Israel mit solchen Verbrechen davon kommen konnte, verfolgte es weiterhin seinen blutigen Pfad. Laut Ilan Pappé liegt «fünfzehn Autominuten von der Universität in Tel Aviv entfernt das Dorf Kfar Qassim, wo am 29. Oktober 1956 israelische Truppen 49 Dorfbewohner massakrierten, die auf dem Heimweg von ihren Feldern waren. Danach kam Qibya in den 1950ern, Samoa in den 1960ern, die Dörfer in Galiläa 1976, Sabra und Shatila 1982, Kfar Qana 1999, Wadi Ara 2000 und das Flüchtlingslager von Jenin 2002. Zusätzlich gibt es die vielen Tötungen, die von der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem dokumentiert werden. Israel hat nie aufgehört, Palästinenser zu ermorden.» Der Mord an 1 500 libanesischen Zivilisten im Zuge von Israels wahlloser Bombardierung des Landes 2006; die täglichen Toten in den palästinensischen Gebieten, die 120 Toten im Gazastreifen innerhalb von einer Woche – einschliesslich 63 an nur einem Tag – im März 2008, davon ein Drittel Kinder; diese Ereignisse sind Teil eines blutigen Fadens, der Israels schändlich



Die Hinweistafel zu Deir Yassin im Irgun/Erez-Museum von Tel Aviv zieht die Anzahl der Toten des Massakers in Zweifel und überträgt die Schuld an den zivilen Opfern mit ungeheuerlichem Zynismus den «Arabern»: Die Verteidiger von Deir Yassin hätten nämlich das Feuer auf die israelischen Angreifer eröffnet, bevor diese die Zivilbevölkerung per Lautsprecher auf ihren bevorstehenden Angriff aufmerksam hätten machen können... Die «Operation Deir Yassin», so das Fazit der israelischen Museumsmacher, sei unbestreitbar ein «Schlüsselpunkt in der Geschichte des Unabhängigkeitskrieges».

che Vergangenheit mit der Gegenwart verbindet.

Israel wird bald den 60. Geburtstag seines Bestehens feiern. Dabei wäre den Israelis und den Unterstützern der Zionisten angeraten die Gründe anzuerkennen, weshalb es keinen Grund zum Feiern für Palästinenser und friedliebende Menschen weltweit gibt. Es wird eine Zeit der Trauer und der Protestaktionen sein; eine Zeit um der zahllosen Opfer zu gedenken, wovon das Leid der Einwohner Deir Yassin der Inbegriff ist, ein Ort der ironischerweise nur einen Steinwurf vom Holocaustmuseum Yad Vashem entfernt liegt.

Solange Israel seine Vergangenheit nicht konfrontiert, wie es viele in Südafrika versucht haben, wird man ihm weiterhin mit Abscheu und Argwohn entgegen treten. Israelis werden weiterhin arabisches Leben als wertlos betrachten und weiter mit dem Schwert und der Täuschung leben, und dann Verwunderung heucheln wenn Palästinenser mit Gewalt antworten. Ohne sich mit dem Schmerz auseinander zu setzen, den sie verursacht haben, kann es keine Heilung und keine Lösung geben. Dies zu tun würde eine Basis bilden für den Respekt allen Lebens, und für das friedliche, auf Gleichheit beruhende Zusammenleben der Palästinenser und Israelis. Indem wir uns der Wurzeln des Konfliktes bewusst werden und unsere Solidarität zeigen, können wir Südafrikaner unseren Teil zutun, um eine gerechte Lösung herbei zu führen sowie die Freiheit, von der Nelson Mandela gesprochen hatte, verwirklichen.

Quelle/Übersetzung: Electronic Intifada

Schweizerische Friedensbewegung: Einladung zur 57. Jahrestagung

Sonntag, 18. Mai 2008
Volkshaus Basel – Galeriestraasse
Rebgasse 12 (beim Claraplatz), direkt vom Bahnhof mit Tram Nr. 8

Programm:
10.30 Uhr geschäftlicher Teil (öffentlich)

12.00 – 14.00 Uhr gemeinsames Mittagessen

14.00 – 18.00 Uhr
Veranstaltung mit Jürgen Elsässer und Marianne Hangstörfer (siehe Seite 8)



Blick auf das Podium der Weltfriedensrats-Tagung in Caracas. Foto J. Jäggi

Fortsetzung von Seite 1

konnte die Tagung in etwas grösserem Rahmen stattfinden als sonst. Nebst der zweitägigen Versammlung des WFR fand im Anschluss die etwas offenere Weltfriedenskonferenz mit Reden aus aller Welt zu Themenbereichen der Friedensarbeit statt.

Alle Delegierten residierten im Hotel Alba, ehemals Hilton, verstaatlicht und nun benannt nach der Handelsallianz zwischen Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua und Dominica, Alba, was zugleich Morgendämmerung bedeutet. Viel Revolutionspathos hörte man sowohl von Seiten der Veranstalter als auch in den Reden der Delegationen. Die waren voller Solidaritätsbekundungen an das venezolanische Volk und Zustimmung für den Präsidenten Hugo Chavez und seine bolivarianische Revolution.

Wachsende Militarisierung

Eröffnet wurde die Versammlung von den Venezolanischen Gastgebern und Generalsekretär Pafilis. Nach einer Rede des dankenden Präsidenten des WFR aus Kuba, Orlando Fundora Lopez und Grussreden von internationalen Organisationen, wie vom Weltbund der demokratischen Jugend und vom Weltgewerkschaftsbund, kamen die einzelnen Delegationen zu Wort mit ihren Berichten und Ansichten. Man sprach von einer Verschärfung der Weltlage seit den letzten vier Jahren mit wachsender Rüstung und Militarisierung der internationalen Beziehungen. Im Zentrum standen die aggressive US-Aussenpolitik und die Expansion der NATO, speziell deren wachsende Präsenz durch Militärbasen überall auf der Welt. Es gab im Verlauf der Woche regen Austausch zwischen den Anti-Basis-Bewegungen verschiedener Länder; wie den Bewegungen in Polen und Tschechien

gegen die geplanten Radarbasen für ein Raketenabwehrsystem, der italienischen Bewegung gegen den Bau von weiteren NATO-Basen in Italien, der japanischen gegen die dortigen US-Basen oder derjenigen in Ecuador, wo die Regierung beabsichtigt, den Vertrag für eine US-Basis nicht mehr zu erneuern. Weitere grosse Themen waren die Forderung nach atomarer Abrüstung, die laufenden Konflikte in Irak, Afghanistan und Palästina sowie die Unabhängigkeit

Spende umgesetzt

Das Kubanische Friedenskomitee, welchem im Januar durch den Kassier der Schweizerischen Friedensbewegung, Christoph Jäggi, eine Spende von 2000 Euro übergeben wurde, teilt uns in einem Schreiben seines Präsidenten José Ramon Rodriguez mit, dass damit ein Laptop für die Buchhaltung des Komitees und ein Scanner gekauft worden sind. «Wir grüssen alle Freundinnen und Freunde der Schweizerischen Friedensbewegung und sind für eure Unterstützung sehr dankbar.»

Kosovos als jüngstes Resultat einer «Teile-und-herrsche»-Politik der NATO. Und letztlich hörte man viel über die politische Situation in Südamerika, die positive Entwicklung weg von der Abhängigkeit durch regionale Abkommen wie ALBA, aber auch die schwierige Situation etwa in Kolumbien.

Die fünf Regionen Afrika, beide Amerikas, Asien, Europa und Mittlerer Osten trafen sich in eigenen Sit-

zungen, um gemeinsame Strategien zu erarbeiten und die Mitglieder für das Exekutivkomitee vorzuschlagen. In Europa hielt man als wichtiges Ziel v.a. den Kampf gegen die wachsende Militarisierung der EU mit ihren zunehmenden Auslandseinsätzen vor allem in Afrika fest. Als Regionalkoordinator wurde für eine weitere Periode das portugiesische Friedenskomitee bestätigt.

Die Versammlung wählte ein neues Exekutivkomitee, bestehend aus 40 Mitgliedsorganisationen. Dieses wiederum wählte, nebst den 13 Mitgliedern des Sekretariats eine neue Präsidentin des WFR, Maria do Socorro Gomez aus Brasilien. Der dankende Fundora Lopez wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Verteidigung der Demokratie

Der angekündigte Besuch von Hugo Chavez blieb wegen wichtigeren Regierungsgeschäften aus. Die Delegierten hatten trotzdem Gelegenheit einer dreistündigen Rede des «Präsidenten» beizuwohnen, denn das Datum der Konferenz war nicht zufällig gewählt: Am 11. April 2002 lancierte Venezuelas Opposition einen Putschversuch, der vorübergehend einen neuen Präsidenten an Chavez Stelle setzte. Der darauf folgende Volksaufstand veranlasste loyale Militärs den gewählten Präsidenten wieder zurückzubringen. Jedes Jahr am 13. April wird Chavez' Wiedereinsetzung gefeiert als Tag der Verteidigung der Demokratie. Und so war auch dieser sechste Jahrestag ein Volksfest mit einer gewaltigen Demonstration von zehntausenden Chavez-Anhängern in den Strassen von Caracas. So stand auch die Friedenskonferenz ganz unter dem Motto: «La lucha sigue, Bolívar vive!» – Der Kampf geht weiter, es lebe Bolívar!



Das Leben Mumia Abu-Jamals ist weiterhin bedroht

Feige US-Richter

Das Leben Mumia Abu-Jamals ist weiterhin bedroht, auch wenn die Todesstrafe gegen ihn erst einmal aufgehoben wurde. Bleibt es dabei, soll der schwarze Journalist und Autor mit den wachen Augen und den langen Locken lebenslang eingesperrt werden.

Von Victor Grossman

Drei Richter des 3. US-Bundesberufungsgerichts haben sich die Argumente der Anwälte angehört, weit mehr als ein Jahr darüber nachgedacht und nun endlich, auf 118 Seiten mit hoch komplizierten juristischen Formulierungen, die Entscheidung gefällt: Mumia Abu-Jamal soll keinen neuen Prozess wegen des Mordes an einem weissen Polizisten in der Nacht des 9. Dezember 1981 erhalten. Obwohl Beweise verfälscht, Zeugen erpresst und bestochen, die Geschworenen ausgesiebt worden waren und der Richter ein notorischer Rassist ist, beschlossen die Richter, dass nur wegen des Strafmasses noch einmal verhandelt werden dürfe. Innerhalb von 180 Tagen könnten die Staatsanwälte einen Geschworenenprozess ansetzen, aber nicht um festzustellen, ob Mumia schuldig oder unschuldig ist, sondern lediglich, um doch noch ein Todesurteil durchzusetzen. Falls sie das nicht wollen, so die Richter, bleibe es bei lebenslänglich hinter Kerkermauern.

Allein Richter Ambro sah den Fall anders. Auf 41 Seiten stellte er beispielsweise fest, dass die Auswahl der Geschworenen damals unzweifelhaft rassistisch war. Ja, in Philadelphia war Rassismus System, und wo Geschworene wegen ihrer Hautfarbe ausgeschlossen werden, gilt ein Pro-

schon Gesellschaft. Gerade jetzt bekommen manche zudem Angst vor der Möglichkeit eines schwarzen Präsidenten. Ausgerechnet in Pennsylvania könnte Ende April eine Vorentscheidung im Kampf zwischen Barack Obama und Hillary Clinton um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten fallen. Es bleibt abzuwarten, ob der Fall Mumia Abu-Jamal diese Vorwahl beeinflussen wird. Dass aber gerade jetzt eine derartige gerichtliche Entscheidung gefällt wurde, muss nicht nur Zufall sein; die Gegner Obamas haben längst zur Waffe des Rassismus gegriffen.

Wie Michael Schiffmann, Sprecher des Netzwerkes gegen die Todesstrafe, betonte, sei die «zweitschlimmste Möglichkeit» eingetreten: «Mumia wird nicht hingerichtet, aber er bekommt auch keinen neuen Prozess. Lassen wir dennoch nicht die Hoffnung sinken. Jetzt müssen wir erst recht überlegen, was noch getan werden kann.» (Quelle: ND)

Mumia spricht

Mumia Abu-Jamal selbst hat den Entscheid der Richter in einem Interview mit Fred Hampton Jr. wie folgt kommentiert:

«Viele Leute haben sich für einen Moment wieder in Sicherheit wiegen lassen. In Pittsburgh hat Ende März ein erfahrener schwarzer Anwalt aus Alabama auf einer Konferenz von Todesstrafegegnern gesprochen. Auf die Frage, was denn jetzt mit Mumia sei, hat er geantwortet: «Macht euch keine Sorgen, der kriegt jetzt seinen neuen Prozess!» Dieser Anwalt ist ein berühmter Rechtsexperte, aber trotzdem hat er etwas Falsches erzählt. Was selbst gute Anwälte nicht berücksichtigen, ist der Faktor Politik in der Rechtspraxis, ist die Person, um die es geht. Das Gesetz wird wie ein Chamäleon den Notwendigkeiten angepasst. Viele Leute haben sich durch die Hoffnungen auf die Entscheidung des Bundesgerichts beruhigen lassen, aber wir wurden eines Besseren belehrt. Also müssen wir zum Grundsätzlichen zurückkehren. ...»

In bester Ordnung...

«Für viele Leute des Establishments repräsentiere ich in vielerlei Hinsicht ihren schlimmsten Alptraum. Viele wissen nichts über die Ära der Black Panther Party, der schwarzen Befreiungsbewegung. Viele wissen bestenfalls noch etwas über die Bürgerrechtsbewegung und denken, heute sei alles in bester Ordnung. Wer aber im Schwarzenghetto oder im Barrio der Latino-Bevölkerung lebt, weiss, dass das Leben dort immer noch die Hölle ist. Obendrein haben sie heute noch mit der Verachtung durch die schwarze Bourgeoisie zu kämpfen, die sich in ihrer Verachtung der Armen mit der politischen Klasse vereinigt hat.»



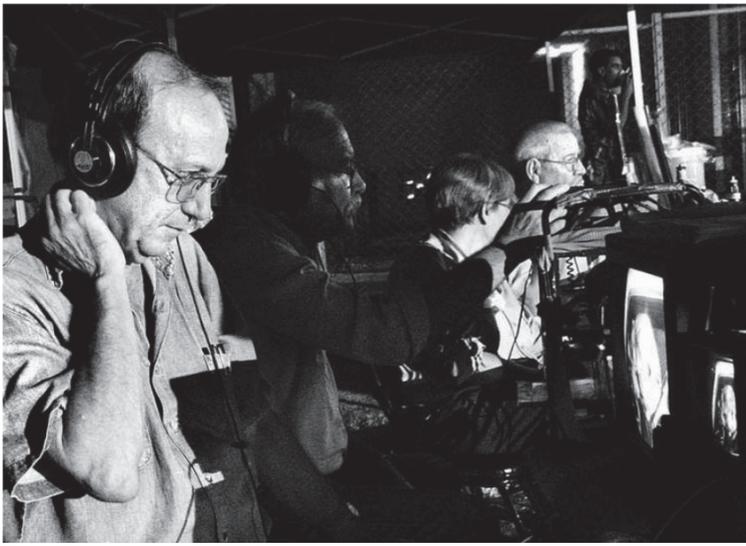
Die Bewegung zur Freilassung von Mumia Abu-Jamal muss weitergehen.

zess als unfair. Diese Einsicht bestätigte inzwischen sogar der Oberste Gerichtshof. Aber im Falle Mumia Abu-Jamals soll das nicht gelolten haben.

Robert R. Bryan aus San Francisco, der die Verteidigung leitet, mahnt nun dringend, nicht aufzugeben. Die Argumente von Richter Ambro waren so klug und überzeugend, dass Bryan mit ihnen versuchen wird, an alle neun Richter des Berufungsgerichts zu appellieren. Wenn das nicht gelingt, will er vor das Oberste Gericht gehen.

Die Position der beiden Richter, wonach für Mumia nicht gilt, was in anderen Fällen gelten mag, reflektiert den Symbolwert dieses Falls. Die Polizei, die Politik, die ganze Staatsmacht in Philadelphia und Pennsylvania wollen ihre Beute nicht freigeben, derart fürchten sie Abu-Jamals anklagende Stimme, die schon aus der Todeszelle so klar und mutig herausdrängt. Zu sehr ist er auch ein Symbol für über zwei Millionen inhaftierte US-Amerikaner geworden, mehr als in jedem anderen Land der Welt. Deutlich überproportional ist dabei die Zahl der Häftlinge mit dunkler Hautfarbe – auch eine Form der Einschüchterung des am meisten unterdrückten, aber zugleich kämpferischsten Teils der US-amerikani-

Redaktionsschluss dieser Nummer: 17. April 2008



Manuel Pérez Paredes während der Dreharbeiten zu seinem Spielfilm «Páginas del Diario de Mauricio» (Kuba 2006). Der kubanische Regisseur und Drehbuchautor hatte sein Regiedebüt bereits 1961 mit 22 Jahren, als Regisseur des Dokumentarfilms «Cinco Picos». Er führte Regie in so berühmten kubanischen Filmen wie «El Hombre del Maisinicu» und «Rio Negro», beide mit dem kürzlich verstorbenen Sergio Corrieri in der Hauptrolle. Foto: ND/privat

Lernen, ohne Fidel zu laufen

Und weil der Mensch ein Mensch ist...

Der 1939 in Havanna geborene kubanische Filmregisseur Manuel Pérez Paredes im Gespräch mit der Lateinamerikanistin und Übersetzerin Ute Evers über die kubanische Revolution heute und warum die Aspekte des alltäglichen Bedarfs in der Diskussion um die Zukunft nicht ausgeklammert werden dürfen.

Von Ute Evers

Sie arbeiten und leben unter den extremen ökonomischen Bedingungen des heutigen Kuba. Während etliche Intellektuelle auch wegen politischer Gründe dem Land den Rücken gekehrt haben, sind Sie Kuba treu geblieben. Welche Beziehung haben Sie zur kubanischen Revolution?

Ich fühle mich ihr zugehörig. As Revolutionär zähle ich mich zu denen, die sich fragen, wie ihr persönlicher Beitrag aussehen muss, um unsere Gesellschaft in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht zu verbessern.

Ich erinnere mich noch gut an den Enthusiasmus der Menschen, als die Revolution triumphierte. Das war die Zeit, als die Möglichkeiten radikaler Veränderungen überall greifbar schienen. Wir, die wir in diesem Prozess zu Erwachsenen reiften, hatten grosse Hoffnungen, die Welt gerechter gestalten zu können.

In Europa hat sich die Generation der Weltverbesserer längst mit den Verhältnissen arrangiert. Hat sich ein pragmatischer Weg nicht als gangbarer erwiesen als revolutionäre Projekte?

Eines wissen wir sicher: Die Generation von Che Guevara, der Vietnamkriegsgegner, der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA, der Hippies, der Guerillas in Lateinamerika hat uns alle geprägt. Richtig ist aber auch, dass sich unsere Erwartungen nicht erfüllt haben. Aus kubanischer Perspektive bedeutete das, dass wir eine Neuordnung der Ideen durchführen mussten, ohne die grundlegende Idee aufzugeben.

Wie stehen die jüngeren Generationen zum revolutionären Projekt in Kuba heute?

Wir, die wir den Sieg der Revolution aktiv miterlebt haben und uns ihr verpflichtet fühlen, dürfen von heute 40-Jährigen nicht erwarten, dass sie so empfinden wie wir damals. Die Revolution spielt bei jüngeren Generationen eine andere Rolle. Die Wirklichkeit ist komplexer, unübersichtlicher geworden. Die jungen Leute haben es heute bedeutend schwerer, sich mit radikalen sozialen Veränderungen zu identifizieren. In Kuba leben drei Generationen zusammen, die unterschiedlich auf die bestehenden

wahrgenommen zu werden, durch meine Meinung Einfluss zu nehmen.

Raúl Castro ist jetzt auch formell der Staatschef. Eine vorsichtige Verjüngung des Staatsrates ist erkennbar. Was für konkrete Schritte erwarten die Menschen in Kuba von der neuen Führung?

So schnell wie möglich jene Probleme zu lösen, die das alltägliche Leben der Menschen betreffen. Damit meine ich nicht, dass nun absolute Lösungen herbeigezaubert werden sollen. Es kann keine Wunder geben, weil alles ein Prozess ist, der Zeit braucht. Aber es sollten sehr bald positive und permanente Veränderungen sichtbar werden. Etwa was die Gehälter, die Lebenshaltungskosten und das Problem zweier paralleler Landeswährungen angeht – bei uns gibt es ja den Peso cubano und den konvertiblen CUC (dem Dollar angeglichenen Zahlungsmittel, Anm. d. Ü.). Man kann nicht von einer neuen Gesellschaft und der Verteidigung der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität reden und gleichzeitig die Aspekte des unmittelbaren und konkreten materiellen Lebens der Menschen völlig ausklammern.

Also nur Veränderungen in wirtschaftlicher Hinsicht?

Es gibt weitere brennende Fragen, etwa die vielen Kontrollen und Verbote, die der Bevölkerung auferlegt wurden. Diese sollten überprüft und grösstenteils beseitigt werden. Vielleicht waren solche Massnahmen zu einem gewissen Zeitpunkt notwendig, gerade aus der Logik einer «belagerten Festung». Eine Situation, in welche uns die Feindschaft und Aggressivität unseres Nachbarn manövriert hat. Mittlerweile aber sind sie ärgerlich, absurd und in einigen Fällen sogar kontraproduktiv.

Wie lange sind die Kubaner noch bereit, den Mangel und die US-Wirtschaftsblockade zu ertragen und sich für das sozialistische Experiment aufzuopfern?

Eine Avantgarde kann dazu bereit sein, sich bis zum Ende aufzuopfern, aber man sollte nicht davon ausgehen, dass die gesamte Gesellschaft ewig dazu bereit ist. Den Einzelnen beschäftigt doch viel mehr die Frage, wie er die sozialen Projekte, für die er arbeitet, mit den persönlichen und familiären Interessen vereinbaren kann. Das monatliche Gehalt der Bevölkerungsmehrheit gewährleistet noch nicht einmal ein anständiges Leben. Viele tausende Familien sind auf Geldüberweisungen von Verwandten oder Freunden aus dem Ausland angewiesen. Die anderen sind genauso vom CUC abhängig, den sie sich legal, halblegal oder illegal beschaffen, um die notwendigsten Bedürfnisse des Alltags zu befriedigen. Die Grenzen der Fähigkeit, über eine so lange Zeit Opfer zu bringen, können nicht ignoriert werden.

Stellen das Scheitern und der Zusammenbruch der Sowjetunion und des europäischen Ostblocks Kubas Revolution in Frage?

Unsere Utopien erlitten in der Tat herbe Schläge. Wer aus meiner Generation konnte sich schon vorstellen, dass die Sowjetunion einmal zusammenbrechen und auf diese Weise verschwinden könnte? Hier hatte es wirklich eine Revolution gegeben, die 70 Jahre lang existierte und die für die Zerschlagung von Nationalsozialismus und Faschismus eine entscheidende Rolle spielte. Sie fand ein enttäuschendes Ende. Was mich angeht, musste ich – zunächst mit Schmerz, dann aber mit Resignation – schrittweise entdecken, wie die schlimmen internen und externen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fehler die Revolution von innen zerfressen, ohne Hoffnung auf Rettung. Geschuldet einer brutalen und repressiven Führung.

Die kubanische Revolution überlebte, weil sie von Anfang an authen-

tisch war. Sie erreichte uns nicht durch die Panzer der Sowjets wie Osteuropa, dem sie, um es von der Knute des Nationalsozialismus zu befreien, ihren Sozialismus von oben auferlegten. Unsere Revolution wurde von wirklichen Volkshelden geführt – wie Fidel, Che, Raúl und anderen, die von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wurden. Das heisst aber nicht, dass die kubanische Revolution, trotz ihrer Authentizität, vor den Fehlern gefeit ist, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Ländern zum Scheitern brachten. Wir haben uns in einem Treibhaus entwickelt, in jener Epoche während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die vor allem vom Kalten Krieg geprägt war. Im guten wie schlechten Sinn wurden wir von dieser Zeit beeinflusst.

Zu den dunklen Kapiteln aus der Ära des Kalten Krieges zählt das «Graue Jahrfünft» (1970–1975). Eine Zeit, in welcher, wie es der kubanische Schriftsteller Leonardo Padura ausdrückt, «Homosexuelle, Religiöse und regimiekritische Künstler» verfolgt wurden. Auf der XVII. Internationalen Buchmesse 2008 in Havanna war es ein zentrales Thema. Wie schätzen Sie diese Aufarbeitung ein?

Dieses «Quinquenio Gris» war der schlimmste Ausdruck für eine bürokratische, plumpe und repressive Anwendung einer schädlichen Kulturpolitik, hauptsächlich im Bereich der Literatur und der darstellenden Künste. Sieht man einmal von einigen abgelösten Funktionen ab und konzentriert sich auf das Wesentliche, wage ich zu behaupten, dass es immer noch einen Nährboden in unserer Wirklichkeit dafür gibt, engstirnige und dogmatische Kriterien an die Kunst anzulegen. Ich denke da an solche Leute, die aus ehrlicher Überzeugung konservativ bis reaktionär in ihrer Herangehensweise an Kunst sind. Ich beziehe hier nicht die Opportunisten ein, noch diejenigen, die antiintellektuelle Vorurteile haben und glauben, dass eine «harte Hand» und politische Überwachung Garantien für eine revolutionäre Kunst seien.

Wie konnte es dazu kommen, dass Personen in Schlüsselpositionen der Kulturpolitik kamen, die solche Repression ausübten?

Manchmal mutet dies wie eine schlechte Entschuldigung an und vielleicht ist es das auch mitunter, aber die Feindschaft und Aggressivität der US-amerikanischen Regierungen uns Kubanern gegenüber hat die Psychologie der Führung und Bevölkerungsmehrheit geprägt. Das Gefühl, in einer belagerten Festung zu leben, bestimmte auch das Verhalten und die Betrachtungsweise gegenüber dem künstlerischen Leben. Vor allem schürte es konservative und dogmatische Tendenzen in der Ausübung der Macht. Daraus ist auch das Bestreben zu erklären, lehrreiche, pädagogische Kunst als ein Erziehungsmittel zu fördern. Eine Herangehensweise an Kunst, welche die Komplexität des

Lebens vereinfacht. In der Epoche des «Quinquenio Gris» wehte ein scharfer Wind in Richtung Ultradogmatismus. In der Kultur wurde viel Schaden angerichtet.

Wie geprägt ist die kubanische Kulturgeschichte seit 1959 von den politischen Restriktionen?

Es ist eine wissentliche Lüge zu behaupten, dass die Geschichte der kubanischen Revolution aus einer Kette von Zensur und Repressalien künstlerischer Ausdrucksformen bestünde. Damit gesellt man sich zum Chor der Revolutionsgegner – ohne eine nuancierte Analyse über Erfolge und Fehler vorzunehmen, bei welcher erstere überwiegen und die zweiten nicht zu verleugnen sind. Und es bedeutet auch, nicht zu verstehen, dass es sich um einen permanenten Kampf handelt.

Die Feinde der kubanischen Revolution ignorieren diese Komplexitäten und biegen die Fakten so hin, dass am Ende nur noch ein diktatorischer und monolithischer Staat dasteht. Aber so ist es nicht. Es gab immer schon Debatten, und immer schon wurde gegen konkrete Personen gekämpft. Die Psychologie der «belagerten Festung» bewirkte jedoch, dass die Debatten nicht immer öffentlich waren. Das kubanische Filminstitut ICAIC und die Kulturinstitution «Casa de las Américas» geben beredete Beispiele ab für eine Kohärenz zwischen einer revolutionären Kulturpolitik und einer Offenheit gegenüber der Vielfarbigkeit der Realität. Wenn das vor 1989 schon galt, so gilt dies noch mehr nach dem Fiasko des «realen Sozialismus».

Als 1976 das Kulturministerium gegründet und Armando Hart zum Minister ernannt wurde, begann man sofort mit Rehabilitierungen. Aber die Gründe für jene «Glanzzeit» der dogmatischen Bürokraten bleiben weiter zu analysieren.

Wie schätzen Sie Raúl Castro als neuen Präsidenten der Republik Kuba ein?

Ich vertraue ganz auf ihn und die gesamte Mannschaft, die jetzt die Verantwortung für die Weiterführung der Revolution übernommen hat. Dennoch: So brillant Raúl seine Pflicht auch erfüllen mag, Persönlichkeiten wie Fidel haben eine Autorität und ein Ansehen, die man weder vererben noch delegieren kann. Diese Qualitäten werden mit ihm gehen. Seine Nachfolger, selbst Raúl mit seinem unbestreitbaren historischen Prestige, seinen Qualitäten und Verdiensten, werden nicht wie Fidel regieren können.

Wir müssen lernen, ohne Fidel zu leben und die Revolution fortzuführen, als Ausdruck der Reife der kubanischen Gesellschaft. Wir müssen die Lektionen verinnerlichen, die sich aus den Erfahrungen aus fast einem halben Jahrhundert zusammenfügen, als Fidel die höchste Verantwortung im Staat innehatte. Und dann ohne Fidel anfangen, selbst zu laufen.

(Quelle: ND/ila 314)



Fidel 2005 auf den Strassen Havannas im Dialog mit Kundgebungsteilnehmern. (PL)

Vertuschter Skandal: Die tödlichen Wirkungen der Urangeschosse

Der schleichende Massenmord

Etwa 30 Staaten der Welt besitzen in ihren Militärdepots ausserordentlich wirksame panzer- und bunkerbrechende Munition, die in Kriegsgebieten und weit darüber hinaus durch in grossen Mengen entstehenden radioaktiven Staub schleichend Massenmord bewirkt. Die tatsächlich massenmordähnlichen Auswirkungen in den betroffenen Gebieten sind ebenso nachweisbar wie die bisherigen Versuche der Geheimhaltung oder Verharmlosung seitens der offiziell Verantwortlichen. Brigitte Runge und Prof. Fritz Vilmar haben dazu eine umfassende Untersuchung vorgelegt (siehe Hinweis im Kästchen unten).

Von Brigitte Runge
und Fritz Vilmar

Der Skandal der neuen Uranwaffen wird verschärft durch den weit gehenden Mangel einer angemessenen öffentlichen Wahrnehmung. Weder die Soldaten noch die Zivilbevölkerung in den betroffenen Gebieten erhielten eine auch nur einigermaßen realistische Information über die hohe, tödliche Gefährlichkeit des radioaktiven Staubes, der durch die Explosion dieser Geschosse freigesetzt wird. Dieser Staub stellt eine Bedrohung für die Erde und das Überleben der Menschheit dar: Die Radioaktivität verteilt sich um den Erdball; die genetischen Schäden bei Menschen, Tieren und Pflanzen setzen sich über Generationen fort; ganze Gebiete werden unbewohnbar. Im Auftrag des «Arbeitskreises für Friedenspolitik» haben wir diese Gefahren analysiert, die furchtbaren Schäden dokumentiert und nicht zuletzt Massnahmen aufgelistet, die zur Abschaffung dieser Waffensysteme und zur Beendigung ihrer Anwendung getroffen bzw. intensiviert werden müssen. Dies betrifft insbesondere eine Kampagne weltweiter Information auf wissenschaftlicher und allgemeinpublizistischer Ebene.



Gefährliche Relikte aus dem Golfkrieg: Tausende von Tonnen uranhaltige Geschosse wie diese «Uran-Zigarre» haben die USA und ihre Alliierten anfangs 90er Jahre auf den Schlachtfeldern im Irak zurückgelassen. Foto Archiv.

Vom Atommüll zu «Wuchtgeschossen»

Abgereichertes Uran (depleted uranium, DU), ist Atommüll, der in Atomkraftwerken anfällt. Anstatt nun aber den radioaktiven Sondermüll sicher zu entsorgen, wird er in den USA der US-amerikanischen Rüstungsindustrie kostenlos zur Verfügung gestellt. Abgereichertes Uran selbst ist ein chemisch hochgiftiges und radioaktives Material, welches auf Grund seiner hohen Dichte in panzerbrechender Munition eingesetzt wird. Es ist 1,7mal dichter als Blei. Das gibt den Urangeschossen eine erhöhte Reichweite und Durchschlagskraft. Sie gehören zu einer Kategorie von Waffen mit dem Namen «Wuchtgeschosse» (kinetic energy penetrators). Den Teil der Waffe, der aus Uran besteht, nennt man den Penetrator. Die Biologin und Krebsexpertin Rosalie Bertell stellt dazu fest: «Bei dem Aufschlag auf ein hartes Ziel entzündet sich Uran. Die Temperatur des durch DU entstehenden Metallrauchs liegt zwischen 3000 und 6000 Grad Celsius. Bei dieser hohen Temperatur nimmt das Uranoxid Keramikeigenschaften an und es wird un-

löslich in Körperflüssigkeiten. Aus diesem Grund wird das einmal eingeatmete Uranoxid zur chronischen Quelle einer Uranschwermetal- und einer radioaktiven Kontaktstrahlungsvergiftung im Körper. Die Nanopartikel aus Uranoxid, die in dem Metallrauch entstehen, können eingeatmet in Körperzellen eindringen und eine maximale Strahlendosis an das Gewebe abgeben.» Angesichts der Befürchtungen um die Folgekosten und die Gesundheit der Bevölkerung haben Regierungen anfangs oft den Einsatz von Uranmunition abgestritten. Es ist heute klar, dass Uranmunition von den USA und Grossbritannien in grossem Umfang im Golfkrieg 1991 verwendet wurde, dann in Bosnien, Serbien und in Kosovo, und erneut durch die US-Amerikaner und die Briten im Irakkrieg 2003. Es besteht der Verdacht, dass die USA Uranmunition 2001 auch in Afghanistan eingesetzt haben, obgleich sowohl die Regierungen der USA als auch Grossbritanniens dies bestritten haben. Transportdokumente, die durchgesickert sind, legen allerdings nahe, dass die US-Streitkräfte in Afghanistan Uranwaffen hatten.

Radioaktiver Staub – vom Winde verweht

Der hochgiftige radioaktive Staub ist teilweise unlöslich, teilweise schwerlöslich. Die Streuung des Staubes beinhaltet Partikel im Submikronbereich, die leicht eingeatmet und in den Lungen zurückgehalten werden. Über die Lungen werden die Uranverbindungen aufgenommen und in den Lymphknoten, den Knochen, dem Gehirn und den Hoden abgelagert. Feste Ziele, die von Urangeschossen getroffen wurden, sind von diesem Staub umgeben. Untersuchungen beweisen, dass er viele Kilometer weitergetragen wird, wenn er wieder aufgewirbelt wird, was in einem trockenen Klima wahrscheinlich ist (Uranstaub aus Irak wehte bis nach England). Der Staub wird gleichermassen von Zivilpersonen und Militärs eingeatmet oder über die Nahrung aufgenommen. Die Uranmunition ist die Ursache für eine starke Zunahme der Neuerkrankungen mit Karzinomen – wie Brustkrebs oder Lymphomen – in Gebieten Iraks nach 1991 und 2003. Die Uranbelastung führt auch zu vermehrten Geburtsfehlern in Gegenden, die an die Schlachtfelder des Golfkrieges grenzen. In Irak haben die Missbildungen bei Babys dramatisch zugenommen: von drei auf 22 von 1000 Kindern zwischen 1991 und 2001 – mit Schwerpunkt im damals heftig umkämpften Süden Iraks. Laut Pentagon und UNO wurden 1991 im Golfkrieg zwischen 330 und 375 Tonnen Uranmunition eingesetzt, im Irakkrieg seit 2003 2200 Tonnen. Für Kosovo, Bosnien und Serbien schwanken die Angaben zwischen elf und 30 Tonnen. Klar ist, dass weitaus mehr in städtischen Gebieten verwendet wurde. Die USA haben die Herausgabe von Daten über die Einsatzorte ihrer Uranwaffen an das UN-Umweltprogramm (UNEP) durchweg verweigert.

Gesundheitsschäden durch DU-Einsatz

Man kann die durch Uranmunition bzw. Uranstaub verursachten Gesund-

heitsschäden nach folgenden drei Aspekten klassifizieren: Der direkte Hautkontakt mit abgereichertem Uran verursacht schwere Erkrankungen an der Hautoberfläche. Über Nahrung und Atmung kann zweitens feiner Uranstaub vom Körper aufgenommen werden. Uran ist wie alle Schwermetalle hochgiftig, deshalb betrifft der zweite Aspekt die chemisch-toxischen Wirkungen von Uran. Nachhaltig schädigend ist, drittens, eine allmählich einsetzende chronische Uranvergiftung, hervorgerufen durch radiotoxische Wirkungen. Im Golfkrieg 1991 wurden 750 000 US-amerikanische und britische Soldaten eingesetzt. Im Jahr 2002 waren zirka 250 000 Veteranen am Golfkriegssyndrom erkrankt, etwa 10 000 von ihnen sind verstorben.

Strategie der Verharmlosung

Obleich wir in unserer Analyse soweit wie möglich Quellennachweise für den Skandal liefern, ist es eine Tatsache, dass die langjährigen politischen Strategien der Verheimlichung und Verharmlosung der furchtbaren Uranmunition-Folgen es vielfach unmöglich machen, exakte, übereinstimmende Aussagen über die Grössenordnung des Einsatzes, der verursachten menschlichen Schädigungen etc. auszumachen. Allerdings sind diese unvermeidlichen Ungenauigkeiten in einigen Detailfragen für die Feststellung der weit reichenden Schäden an Menschen und in der Natur, das heisst für die Feststellung des unbestreitbaren Tatbestandes eines schleichenden Massenmords, vollkommen irrelevant: Die vorliegende Bilanz des unleugbaren Leidens und qualvollen Sterbens zahlloser Zivilisten in den Kampfgebieten und deren Umgebung (meist in überfüllten Kliniken) wie auch Tausender Veteranen spricht eine furchtbar klare Sprache. Noch darüber hinausgehende «Belege» zu fordern, ist purer Zynismus von Verantwortlichen und ihren «wissenschaftlichen» Wasserträgern, die den Militärstaat von seinen Versorgungsverpflichtungen freihalten wollen. Die zentrale Verharmlosungsstrategie der offiziellen Publizistik, insbesondere in den USA, die die von der Kritik vorgelegten Zahlen der Opfer in Frage stellt, ist genau so widersinnig wie das Argument der Holocaust-Leugner, in Auschwitz seien ja gar nicht sechs Millionen, sondern nur ein oder zwei Millionen Juden ermordet worden. Wie verlogen aber diese Verharmlosungs-Publizistik operiert, muss wider Willen sogar Dan Fahey, ein hochrangiger US-Militärexperte und Wissenschaftspublizist, eingestehen, der in seiner Arbeit über die Uranwaffen an verschiedenen Stellen erbot die platten «Lügen» des Department of Defense im Interesse einer «seriösen» Vertei-

Broschüre bestellen

Der Text fasst eine Analyse zusammen, die von den Autoren als 50-seitige Broschüre im Auftrag des «Arbeitskreises für Friedenspolitik» erarbeitet worden ist (erweiterte Auflage, mit allen Quellen, 2007) und gegen einen Druckkostenbeitrag von zwei Franken (per Briefmarke) von diesem angefordert werden kann: AKF, Gardeschützenweg 27, 12203 Berlin. Sie kann auch auf der Internetseite www.friedenspolitik.com ungekürzt mit allen Quellennachweisen kostenlos heruntergeladen werden.



Ein US-Soldat bereitet im heutigen Irak Munition mit abgereichertem Uran vor. Foto AFP/ND-Archiv.

digung der US-Militärpolitik beim Namen nennen muss: «This lie was created... to calm European concerns about DU-ammunition used in the Balkans».

Unterschlagnene Forschungsberichte

Dass sogar ein prominenter publizistischer Vorkämpfer der Verharmlosung des DU-Waffen-Skandals sich von den plumpestem Vertuschungsversuchen des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums distanzieren muss, zeigt das Ausmass des Skandals. So haben mächtige US-amerikanische Akteure seit dem Januar 2001 erfolgreich Presseorgane und Wissenschaftler unter Druck gesetzt, mit dem Ergebnis, dass seitdem weithin Grabesstille an die Stelle der bis dahin lebhaften kritischen Diskussion über Uranmunition trat. Dieses Totschweigen reicht bis in Teile der Friedensbewegung. Beschönigende Berichte wurden von der «Internationalen Kommission für Strahlenschutz» (ICPR) wie auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlicht. Zugleich wurden Forschungen des Radiobiologischen Instituts der US-Streitkräfte (AFFRI) unterdrückt und serbische Untersuchungen von Soldaten nach dem Bosnienkrieg 1996 verheimlicht. Im selben Jahr wurde, trotz gegenteiliger Untersuchungsergebnisse, in einem Schlussbericht der US-amerikanischen Regierung über «Gulf War Illnesses» wahrheitswidrig behauptet, es sei «unwahrscheinlich, dass die gesundheitlichen Auswirkungen, die von den Golfveteranen beklagt werden, auf die Einwirkung von DU zurückzuführen sind». Weitere Belege für US-offizielle Behinderungen der wahrheitsgemässen Uranwaffen-Berichterstattung, die wir aus Raumgründen hier nicht zitieren können, haben wir in unserer vollständigen Dokumentation publiziert. Das Schlimmste aber sind die Berichte über Bedrohungen der Zeugen – herausragend die Mordanschläge auf den Pionier der Uranmunition-Forschung, Prof. Siegwart-Horst Günther. In Deutschland wurde die Verwendung von Uranmunition (z. B. auf Truppenübungsplätzen oder von Herstellern zu Testzwecken) von der Bundesregierung jahrelang verschleiert und nur unter öffentlichem Druck Anfang des Jahres 2001 sehr zögerlich zugegeben.

Friedensbewegung ist gefordert

Angesichts der tödlichen Folgen des Einsatzes von Urangeschossen haben sich inzwischen immerhin zahlreiche internationale Akteure und Institutionen vehement gegen diese Waffen gewandt. Im Jahr 2000 wurde eine von vielen Friedensgruppen getragene Resolution formuliert, in der vor allem gefordert wird:

Vernichtung aller DU-Munitionsbestände und sichere Endlagerung des

Urans in stabiler chemischer Verbindung; Verbot der zivilen Nutzung von DU; Dekontamination aller DU-verseuchten militärischen und zivilen Geräte; Dekontamination aller DU-verseuchten Gebiete, Beseitigung der Folgeschäden von DU-Anwendung gemäss der allgemeinen völkerrechtlichen Haftungsgrundsätze. Die wichtigste Forderung aber ist: die Ahndung der Verwendung von DU-Waffen als Kriegsverbrechen. Staaten, die diese Waffen verwendet haben oder noch verwenden, müssen zur Rechenschaft gezogen, vor einem internationalen Gerichtshof angeklagt und verurteilt werden. Die Internationale Friedensbewegung ist hier gefordert.

In Kürze

3 Billionen Dollar...

Die Kosten der Invasion in Irak lassen sich nicht mehr in Milliarden bemessen. Bis zu drei Billionen Dollar veranschlagen Ökonomen inzwischen für die USA.

Während die US-Wirtschaft Richtung Rezession schlittert, verschlingt der Einsatz in Irak riesige Summen: Über 400 Millionen Dollar pro Tag schätzen Haushaltsexperten im Kongress. Das sind knapp 5000 Dollar pro Sekunde. Er ist inzwischen nach Vietnam der längste Krieg der USA-Geschichte und nach dem Zweiten Weltkrieg inflationsbereinigt auch der teuerste.

«Man kann nicht drei Billionen Dollar für einen Krieg im Ausland ausgeben, ohne die Folgen im Inland zu spüren», urteilte der Starökonom Joseph Stiglitz bei einer Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss im Kongress. Der Nobelpreisträger hat in jahrelanger Arbeit die «wahren Kosten» des Krieges errechnet. Sein Resümee: Die Regierung täuschte die Öffentlichkeit über die volkswirtschaftliche Tragweite der Kriegsausgaben und ihre Folgen für die Zukunft. Nicht in den offiziellen Zahlen enthalten seien etwa Versehrten- und Hinterbliebenenrenten, die Abnutzung von Armeematerial und makroökonomische Kosten wie etwa die Auswirkungen auf die Ölpreise.

Ökonomen sorgen sich auch um die Art der Finanzierung. Bislang haben die USA ihre Kriege durch Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen und Kredite finanziert. Jetzt sind Kredite die einzige Form der Finanzierung, erstmals wurden während eines Krieges sogar die Steuern gesenkt.

Die Folge: Die USA-Bürger spüren die enormen Kosten zunächst einmal nicht, denn die werden auf die nächsten Generationen abgewälzt. Die Finanzierung auf Pump hat es bisher den Amerikanern auch erleichtert, die Kosten des Krieges zu akzeptieren, weil keine Steuern erhöht wurden. (AFP/ND)

Inszenierter Terror in Europa

Geheimes Netzwerk der NATO

Bis heute weigert sich die NATO, zu ihrem bestgehüteten Geheimnis eine klare Stellung zu nehmen: Die Unterhaltung einer an terroristischen Operationen und Menschenrechtsverletzungen beteiligten Geheimarmee in Europa.

Von Michail Logvinov

Es ist noch nicht lange her, als während der Blockkonfrontation die kommunistisch regierten Länder des Terrorkriegs gegen die NATO-Staaten bezichtigt wurden. Nach heutigem Erkenntnisstand waren die von der NATO und den nationalen militärischen Geheimdiensten engagierten Konservativen und Rechtsextremisten, die nach der eventuellen Invasion der Sowjetunion hinter der feindlichen Linie als «Stay-behind-Armeen» den Aggressor bekämpfen sollten, selbst in schwere Verbrechen und Terroranschläge in westeuropäischen Ländern verwickelt. Für diese wurde durch gezielte Medienkampagnen den Kommunisten die Schuld gegeben.

Zu diesem Ergebnis kommt der Schweizer Historiker Daniele Ganser in seinem Dissertationsprojekt zu verdeckten militär-politischen Operationen in der Nachkriegszeit. Im Buch «NATO-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung» (Orell Füssli Verlag, 2008) präsentiert Ganser der breiten Leserschaft erschütternde Ergebnisse seiner Recherchen und offenbart eine ungeahnte und erschreckende Ohnmacht der demokratischen Institutionen gegenüber dem weitverzweigten geheimen Netzwerk der durch die NATO, CIA und MI6 ins Leben gerufenen, finanzierten und logistisch unterstützten «Operation Gladio».



Daniele Ganser, 1972 in Lugano geboren, ist Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte nach 1945 und internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet am Historischen Seminar der Universität Basel und forscht zum «Peak Oil», dem globalen Kampf ums Erdöl, und dem so genannten «Krieg gegen den Terrorismus». Sein jetzt auch auf deutsch erhältliches Buch über die NATO-Geheimarmee wurde in acht Sprachen übersetzt.

Auch nach dem Ende des Kalten Krieges war es «höchst erschreckend zu sehen», schildert der Autor seine Impressionen von zahlreichen Kontaktaufnahmen mit den Vertretern von nationalen Sicherheitsbehörden und Judikativen, «wie verschiedene Regierungen, die NATO, die CIA und andere Geheimdienste sich strikt weigerten, das Thema Geheimarmeen aufzuarbeiten, obschon das Parlament der Europäischen Union dies explizit gefordert hatte» (S. 13).

In seiner brillanten Analyse schildert Ganser aufgrund zugänglicher Quellen sowohl die Spitze des Eisbergs – die Rolle der NATO, der CIA und des MI6 beim Aufbau der geheimen Armeen und dem Militärtransfer

in Form von Ausbildung, Know-how (Hightech-Kommunikationsmittel), Sprengstoff, Schusswaffen und Munition –, als auch die Entwicklung und subversive Taktiken bzw. unkonventionelle Kriegsführung der von den Regierungen der NATO-Staaten unterhaltenen und durch ihre Geheimdienste geschützten nationalen Geheimarmeen.

«Leitende Offiziere des geheimen Netzwerks wurden unter der Leitung der amerikanischen Green Berets Special Forces in den Vereinigten Staaten von Amerika und den britischen SAS-Spezialeinheiten in England ausgebildet. Zu den geheimen Gladio-Soldaten, die in den strikt antikommunistischen Teilen der Gesellschaft rekrutiert wurden, zählten sowohl moderate Konservative wie auch Rechtsextreme, etwa ehemalige Mitglieder der SS in Deutschland oder die berüchtigten rechtsradikalen Terroristen Stefano Delle Chiaie und Yves Guérain Serac in Italien und Frankreich», so der Historiker (S. 22).

Was die nationale geheime Kriegsführung anbelangt, so liegen nachgewiesene Informationen vor, dass die verdeckten Operationen in den Territorien von 14 damaligen NATO-Staaten auf Hochtouren liefen, und zwar in Italien, Grossbritannien, in den USA, Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, in den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Deutschland, Griechenland, und in der Türkei. Wenig spricht dagegen, dass die Gladio-Armeen auch in den damals neutralen Ländern Europas ihren Fuss fassten.

Ganser liefert eine Menge brisanter Informationen und prägnanter Analysen über geheime Kriege in jedem der aufgelisteten NATO-Staaten, wirft bohrende und für die Betroffenen unerquickliche Fragen, die leider ohne Kommentar durch offizielle Entscheidungsträger oder Behörden bleiben.

Da die gefürchtete grossangelegte Invasion des Warschauer Blocks ausblieb, konzentrierten sich die Gladio-Netzwerke auf die Eindämmung der inneren Gefahr und führten einen Kampf gegen die starke westeuropäische politische Linke. Die geheimen Armeen seien an einer Reihe der terroristischen Anschläge beteiligt gewesen, die im Anschluss den Kommunisten vorgeworfen wurden, schlussfolgert der Autor aufgrund zugänglicher Sekundärquellen (ebd.).

Mit Hilfe der Manipulationen der Medien ist es gelungen, die spektakulären Anschläge den linken terroristischen Kampfgruppen in die Schuhe zu schieben und dadurch die rote Gefahr allgegenwärtig erscheinen zu lassen sowie die politische Linke in Misskredit zu bringen.

Staatsstreich, Folter, Terror, Mord und Kidnapping gehörten zu Methoden, die antikommunistisch gesinnte Gladio-Gruppen ihren ideologischen Gegnern entgegenzusetzen wussten, um die Ausbreitung der «roten Pest» in Europa zu verhindern. Hierbei galt es, innerhalb des Landes Spannungen zu erzeugen, reaktionäre politische und soziale Tendenzen zu fördern und diejenigen, die dahinter standen, in Schutz zu nehmen. Die verantwortungslose militär-politische Unterstützung der verdeckten Operationen dauerte bis Anfang der 90er Jahre an. Das letzte bestätigte Treffen des Allied Clandestine Committee (ACC) habe am 24. Oktober 1990 in Brüssel stattgefunden (S. 21).

«Die Operationen zielten immer darauf ab, unter der Bevölkerung möglichst viel Angst zu schüren. Das

reichte von Bombenmassakern in Eisenbahnen und auf Märkten (Italien) über die Anwendung systematischer Folterung von Regimegegnern (Türkei), die Unterstützung rechtsradikaler Staatsstreichs (Griechenland und Türkei) bis hin zur Zerschlagung oppositioneller Gruppen (Spanien und Portugal)» (S. 22-23).

Das Alarmierende an der Operation Gladio war, dass diese Netzwerke wie die Kommandozentren sich jeglicher Kontrolle durch demokratische Institutionen entziehen konnten (vgl. S. 51, 53). «Die Beweise um Gladio [zeigen], dass die CIA und das Pentagon während des Kalten Krieges wiederholt ausserhalb der demokratischen Kontrolle operierten und auch nach dem Kalten Krieg für ihre Aktionen nicht verantwortlich gemacht wurden» (S. 68).

Kommentare wie «keine Aussage zu militärischen Geheimsachen» gehören zum guten Ton der kritischen Auseinandersetzung mit der Operation Gladio (S. 58, 59). Dass es gute Gründe gibt, keine Statements abzugeben, weist Ganser an mehreren Beispielen nach. So wurden z.B. in Deutschland Schwarze Listen über Personen erstellt, die im Falle eines Krieges gegen die Sowjetunion als unzuverlässig erachtet würden und daher liquidiert werden müssten (S. 301). Auf dieser Liste stünden nicht nur die westdeutschen Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten, die an einem Tag X eliminiert werden müssten, wobei das Verhältnis werden erregend war: Neben 15 Karteiblätter der Kommunisten gab es 80 Einträge über führende Sozialdemokraten (S. 309).

Doch als noch schwerwiegender erscheinen die Anschuldigungen, die aus weiteren Recherchen von Ganser resultieren. Der Autor stellt fest, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz Deutschlands (BfV), eine Behörde, zu deren Aufgaben die Bekämpfung des politischen Extremismus gehört, die geheime «Stay-behind-Armee» deckte (S. 311).

Laut einem Bericht des Gladio-Insiders waren die Amerikaner beim Aufbau einer «zuverlässigen deutschen Truppe» «hauptsächlich an ehemaligen Wehrmachtangehörigen interessiert» (ebd.). Es sei also plausibel, dass mit der Personalrekrutierung für den Technischen Dienst des Bundes Deutscher Jugend (BDJ), so der irreführende Name eines «Stay-behind-Netzwerkes», SS- und Gestapo-Offizier Klaus Barbie beauftragt wurde (S. 297).

Ein spektakuläres wie aufwühlendes Kapitel der Geschichte der NATO-Geheimarmee in Deutschland stellt die Kooperation der Amerikaner und Briten mit dem «am Mord durch Verhungern von etwa vier Millionen sowjetischer Kriegsgefangenen» schuldigen Hitler-General Reinhard Gehlen dar, der einen mit der Deckung und Führung der deutschen «Stay-behind-Armee» befassten Geheimdienst leitete (S. 298).

Die deutsche Gladio-Affäre 1952 führte nicht zur Auflösung der geheimen Armee. Nicht nur das Netzwerk, «sondern auch der deutsche Geheimdienst ORG (Abkürzung für Organisation Gehlen – M.L.) und sein Stab überlebten 1952 die Entdeckung von Teilen der deutschen Gladio fast ohne einen Kratzer, weil sie von der mächtigen CIA geschützt wurden. General Reinhard Gehlen blieb im Amt, und 1956 änderte die «Organisation Gehlen» ihren Namen und wurde nun «Bundesnachrichtendienst» (BND) genannt. Als CIA-Direktor Allan Dulles einmal gefragt wurde, ob er sich nicht schämte, mit dem Nazi Gehlen zusammengearbeitet zu ha-

ben, antwortete er: «Ich weiss nicht, ob er ein Schurke ist. In den Geheimdiensten gibt es wenige Heilige ... Man musste ihn ja nicht zu sich in den Klub einladen.» (S. 312)

Am Beispiel Deutschlands wie vieler anderer Fälle zeigt der Autor des zu besprechenden Buches auf, wie die Entscheidungsträger in Sachen Gladio-Operation unbestraft davon kommen konnten. Keiner der bedeutenden Geheimdienste konnte öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden. «Auch nach Jahren der Entdeckung des höchsten geheimen Netzwerks ist die offizielle Antwort der NATO, etwa wie im Jahr 1990, durch Schweigen und Leugnen charakterisiert» (S. 65). Freche Lügen scheinen also die Oberhand zu gewinnen.

Seit den Römern gilt: Historia est magistra vitae. Das Buch des Historikers Daniele Ganser «Nato-Geheimarmeen in Europa» lehrt seine Leser nicht nur den kritischen Umgang mit der Geschichte, es klärt über die grossen Lügen auf, die durch die Feindkonstruktionen und den grossen Propagandaaufwand zur Historie zu werden droh(t)en.

Es sind viel zu viele Lügengeschichten, die uns für wahre Münze verkauft werden. Es ist wieder einmal gelungen, einem grossen historischen Schwindel nachzugehen. Das ist das grösste Verdienst des Autors. Dennoch lehrt uns seine gründliche historische Untersuchung noch eins: Und zwar die Notwendigkeit, die eigenen

Raus aus Afghanistan

Schweizer Klartext

Die NATO-assoziierte Schweiz hat am 1. März 2008 ihr Truppenkontingent aus Afghanistan abgezogen.

Von Volker Bräutigam

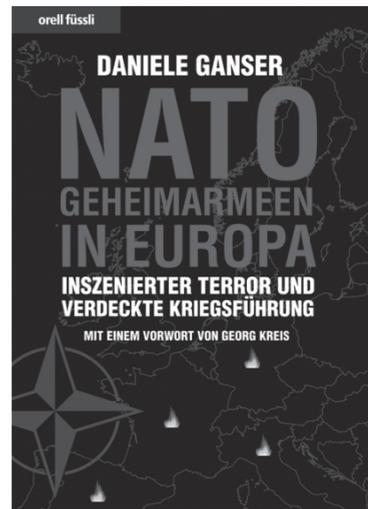
Militärisch ist dieser Abzug ohne Belang – es handelte sich lediglich um vier Offiziere. Bedeutsam ist die Begründung der Berner Regierung: «In Afghanistan vermischt sich die menschlich verheerende, politisch kontraproduktive und völkerrechtlich unzulässige Operation Enduring Freedom (OEF), welche die Taliban stärkt und nicht schwächt, immer mehr mit der International Security Assistance Force (ISAF)», lautet der erste Satz des Rückzugsbeschlusses.

Selbst die friedenserhaltende Mission der ISAF habe sich, heisst es weiter, «schrittweise in eine Operation zur Bekämpfung von Aufständischen verwandelt. Auch dort, wo die Aufständischen erst vereinzelt aktiv sind, kann der Auftrag wegen der nötig gewordenen Selbstschutzmassnahmen der Truppe kaum mehr wirksam erfüllt werden. In den Gebieten, in welchen die Taliban wieder erstarben, ist die Wiederaufbauarbeit weitgehend unmöglich geworden. Generell liegt das Schwergewicht der Isaf zunehmend beim Aufbau der afghanischen Armee ...»

Die UNO-Mandate (darunter die Resolutionen 1510 und 1776) erlauben der Isaf, den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan zu unterstützen und zu sichern. Von Armeeaufbau, Operation Enduring Freedom und War on Terrorism ist da keine Rede.

Neutralität?

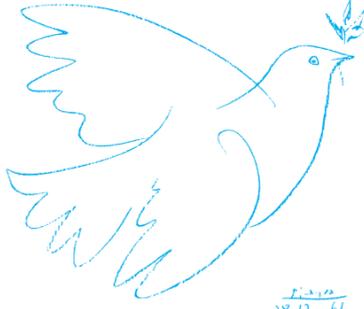
Auch das eidgenössische Militär hat sich des Mandatmissbrauchs schuldig gemacht. Die vermeintlich neutrale Schweiz hatte seit 2003 ihr kleines, aber feines Truppenkontingent im Raum Kundus mit der deutschen Bundeswehr zusammenarbeiten lassen: hohe Nachrichtenspezialisten, Minenspezialisten, Taktikexperten, bis zu vier Stabsoffiziere aus wechselnden Truppengattungen.



Orell-Füssli-Verlag, Zürich 2008, 446 Seiten, broschiert, aus dem Englischen übersetzt von Carsten Roth. Mit einem Vorwort von Georg Kreis und einem Nachwort von Albert A. Stahel. EAN 978-3-280-06106-0. Fr. 49.00

Feindbildkonstruktionen, die für Propaganda und suggerierte mediale Weltbilder ein fruchtbarer Boden sind, zu hinterfragen und beharrlich auf dem Wege der Wahrheitsfindung zu bleiben. Das ist es, was dieses Buch so unentbehrlich in der heutigen politischen Realität macht.

(Michail Logvinov ist Journalist bei der russischen Nachrichtenagentur RIA-Novosti, der Nachfolgerin von APN. Mit freundlicher Genehmigung.)



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.
Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____



Rudi Dutschke als Redner auf dem Vietnamkongress vom Februar 1968 in Berlin, wenige Tage vor dem Anschlag auf sein Leben. Foto Deutsches Historisches Museum.

Medien lenkten die Pistole

Drei Kugeln auf Rudi

Vor 40 Jahren wurde der Anführer der Ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik niedergeschossen

Von Jürgen Elsässer

Am 11. April 1968 zerstörten drei Schüsse das Leben von Rudi Dutschke. Der Attentäter handelte als selbst ernannter Vollstrecker einer aufgeputschten Volksmeinung.

Am Morgen des 11. April 1968 kommt der Hilfsarbeiter Josef Bachmann mit dem Interzonenzug aus München im Westberliner Bahnhof Zoo an. Im Schulterhalfter trägt er eine Pistole, eine zweite hat er im Gepäck versteckt. Nach konfuser Suche findet der blasse, fast bartlose junge Mann das Objekt seines Hasses: Rudi Dutschke, den charismatischen Vordenker des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS).

In der Nähe des SDS-Büros auf dem Kurfürstendamm erkennt Bachmann den Verhassten, beschimpft ihn lauthals als «dreckiges Kommunistenschwein» und streckt ihn mit drei Schüssen nieder. Später gibt er zu Protokoll: «Ich möchte zu meinem Bedauern feststellen, dass Dutschke noch lebt. Ich hätte eine Maschinepistole kaufen können. Wenn ich das Geld dazu gehabt hätte, hätte ich Dutschke zersägt.»

Subversive Aktion

Dutschke, Jahrgang 1940, war in Luckenwalde in der DDR aufgewachsen und 1956 in die FDJ eingetreten. Die Niederschlagung der ungarischen Revolte im selben Jahr liess ihn zu einem Kritiker des realen Sozialismus werden. Er rief zur Verweigerung des Dienstes in der NVA auf, siedelte 1961, kurz vor dem Bau der Mauer, nach Westberlin über und begann ein Studium an der Freien Universität. 1962 gründete er mit Bernd Rabehl eine örtliche Gruppe der aus München stammenden «Subversiven Aktion». Diese Chaos-Truppe machte in den folgenden zwei Jahren durch Happenings gegen die Autoritäten der Adenauer-Ära, gegen öde Spiessigkeit, sexuelle Unterdrückung und

«Konsum-Terror» von sich reden. 1964/65 schlossen sich die beiden dem SDS an. Dieser war ursprünglich die Studentenorganisation der SPD gewesen, 1961 jedoch wegen Linkstendenzen von der Partei exkommuniziert worden.

Das Credo der «Subversiven» stand in provokativem Gegensatz zum vorherrschenden Politikverständnis im SDS. In strikter Abgrenzung zum «sozialdemokratischen Kommunismus» skizzierte Dutschke eine «subjektive, aktivistische und voluntaristische Revolutionstheorie» und näherte sich anarchistischen Ideen. Aufklärung müsse wirkungslos bleiben, wenn sie nicht durch «direkte, bewusstseinskonstituierende Aktion» gestützt werde. Che Guevaras Agitationsschrift «Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam» wurde 1967 von Dutschke mit herausgegeben und eingeleitet. In diesem Zusammenhang geriet Dutschke in die Nähe des bewaffneten Kampfes. Im Dezember jenes Jahres schrieb er: «Wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird, wenn wir reinkommen in den Prozess der internationalen Auseinandersetzung – es ist sicher, dass wir dann Waffen benutzen werden, wenn bundesrepublikanische Truppen in Vietnam oder anderswo kämpfen – dass wir dann im eigenen Lande auch kämpfen werden.» In den siebziger Jahren distanzierte er sich erschreckt vom Terror der RAF, sprach von «Dummheit» und «Scheisse», die nur dem politischen Gegner nützt.

Dutschke war «das» Gesicht der 68er-Bewegung in der BRD – spätere Biographen verkitschten ihn zum «deutschen Che Guevara» oder einer Politausgabe von James Dean. Daran ist immerhin so viel wahr, dass er wie die Genannten vor allem als Ikone Massenwirksamkeit entfaltete: Wenn er auf Podiumsdiskussionen mit Rudolf Augstein, Ralf Dahrendorf oder Günter Gaus über den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze und Nazi-

Kontinuitäten stritt, waren seine mit Fremdworten überladenen Bandwurmsätze selbst für viele Akademiker nur schwer verständlich. Aber das Stakkato seiner Rhetorik, die Lederjacke und die brennenden schwarzen Augen in dem asketischen, unrasierten Gesicht zeigten auch so: Hier sprach ein Unbeugsamer. In den Worten des Soziologen Dahrendorf: «Er war ein konfuser Kopf, der keine bleibenden Gedanken hinterlassen hat. Worauf man zurückblickt, ist die Person: ein anständiger, ehrlicher und ein vertrauenswürdiger Mann.» In einer Zeit der Lüge ist die Integrität des Charakters – das vergass Dahrendorf zu erwähnen – allerdings schon für sich genommen ein Politikum.

Spontaneismus

Fast zur gleichen Zeit, als das Ehepaar Margarete und Alexander Mitscherlich in ihrer Untersuchung «Die Unfähigkeit zu trauern» (1967) die tiefen Spuren des Nazismus in der Psyche der Nachkriegsdeutschen nachwies, bestritt Dutschke jede massenpsychologische Grundlage des Neofaschismus. Dieser wurzele vielmehr nur «in den autoritären Institutionen und im Staatsapparat». Dutschke weiter: «Das System des Spätkapitalismus ist mehr denn je eine Minderheits-herrschaft (...) Der widersprüchliche Gesamtapparat kann es sich heute nicht einmal mehr leisten, die Massen für sich zu mobilisieren, könnte doch dadurch in letzter Konsequenz auch Hand an die Herrschaft des Kapitals gelegt werden.»

Drei Tage nach diesen Ausführungen auf dem Internationalen Vietnamkongress am 17./18. Februar 1968 geschah das in Dutschkes Theorieansatz eigentlich Unmögliche: Die «Massen» wurden von Springer-Presse und Berliner Senat gegen den SDS mobilisiert, Hunderttausend kamen zusammen. Auf Transparenten war zu lesen: «Volksfeind Nr.1 – Rudi Dutschke, raus mit dieser Bande!», «Politische Feinde ins KZ», «Bei Adolf wäre das nicht passiert!». Ein Passant, der Dutschke entfernt ähnlich sah, wurde vom Mob verfolgt, nur knapp verhinderte die Polizei einen Lynchmord. Auf diese Pogromstimmung angesprochen, verharmloste Dutschke: «Die Menschen, die tagtäglich einer wahnsinnig langweiligen und langen Arbeit nachgehen müssen, ... dass die mal sauer sind und dass sie sich austoben, das ist klar...»

Solche Einschätzung erwies sich mit dem Attentat vom 11. April als nahezu tödliches Missverständnis. Stand der schiesswütige Bachmann allein, war der Mordanschlag Ausdruck der von Dutschke angenommenen «Minderheits-herrschaft»? «Spiegel»-Kriminologe Gerhard Mauz kam zu einem anderen Urteil: «Josef Bachmann spürte den Wunsch der Mehrheit und wollte durch eine Tat, die viele ersehnten, aber keiner wagte, in die Gemeinschaft heimkehren, die ihn nie aufgenommen hatte.»

Grösse und Tragik

Wolf Biermann identifizierte in seinem zeitgenössischen Protestsong «Drei Kugeln auf Rudi Dutschke» die Hintermänner der Mordhetze: «Die Kugel Nummer eins kam aus Sprin-

gers Zeitungswald», die zweite aus dem «Schöneberger Haus» (also dem Amtssitz des Westberliner Bürgermeisters Klaus Schütz), und der «Edel-Nazi Kanzler schoss Kugel Nummer drei» – gemeint war der damalige Bonner Regierungschef Kurt-Georg Kiesinger (CDU).

Dutschke sah in dem Attentäter ein Opfer des kapitalistischen System. Dafür gab es tatsächlich Anhaltspunkte: Bachmann wuchs ohne Vater auf, die Mutter hatte aufgrund ihrer Arbeit im Dreischichtbetrieb kaum Zeit für ihr Kind. Im Alter von vier verschwand der Junge für zwei Jahre in einer Klinik, monatelang bis zur Hüfte eingegipst. Später wurde er in die Hilfsschule eingewiesen – auch dort schaffte er es nur bis zur 6. Klasse. Er klaute, prügelte, bewaffnete sich, wurde mehrfach verhaftet. Seine letzte Perspektive war die französische Fremdenlegion, doch auch dort warf man ihn bald hinaus: Er sei zu unreif.

In seinem Elend war Bachmann in die Fänge der Rechtsradikalen geraten. In seinem Zimmer fand die Polizei ein selbstgemaltes Bild von Adolf Hitler. Er sympathisierte mit der NPD, besuchte ihre Veranstaltungen, las die rechtsradikale «Nationalzeitung». In seiner persönlichen Habe wurde ein Ausschnitt aus der NZ-Ausgabe vom 22. März 1968 mit der Schlagzeile «Stopp Dutschke jetzt!» sichergestellt.

Kann ein solcher Desperado für die Linke gewonnen werden? Es spricht für die Grösse und die Tragik von Dutschke, dass er den Versuch unternahm. Er schrieb Bachmann ins Gefängnis: «Du wolltest mich fertigmachen. Aber auch, wenn Du es geschafft hättest, hätten die herrschenden Cliques... Dich fertig gemacht. (...) Warum ... wirst Du und mit Dir

die abhängigen Massen unseres Volkes ausgebeutet, wird Deine Phantasie, wird die Möglichkeit Deiner Entwicklung zerstört. (...) Also schiess nicht auf uns, kämpfe für Dich und Deine Klasse.»

In seinem Antwortschreiben entschuldigt sich Bachmann mit unnatürlicher Gestelztheit («möchte Ihnen mein Bedauern aussprechen»), pflegt aber ansonsten den Hass auf die Linke unreflektiert weiter: «Wenn man diese jungen Leute sprechen hört, dann ist es kein Wunder, dass sich mein Hass gegen alles richtet, was bolschewistisch und kommunistisch ist.»

Rudi Dutschke gab nicht auf. Der kaum Genesene schrieb ein zweites Mal und legte viel Warmherzigkeit in diesen Versuch: «Ich bin Ihnen wirklich nicht böse. (...) Ich glaube nicht, dass Sie Faschist bleiben oder überhaupt sind.» Der Briefwechsel brach ab. Bachmann beging am 4. Februar 1970 in seiner Zelle Selbstmord.

Dutschke blieb ein Gezeichnete, sein Sprachzentrum war durch die Schüsse geschädigt worden. Erst 1973 trat er wieder öffentlich auf. Er diskutierte mit Freunden die Möglichkeit, eine linkssozialistische Partei zu gründen, beteiligte sich dann ab 1978 am Entstehungsprozess der grünen Partei. Am 24. Dezember 1979 starb Dutschke in seiner Wohnung im dänischen Arhus an den Spätfolgen des Attentats. Die Kochstrasse, die in Berlin auf die Axel-Springer-Strasse trifft, soll nach einem Volksentscheid im Mai 2007 künftig seinen Namen tragen. Der dort residierende Springer-Verlagprozessiert dagegen noch; er hat seinen Kampf gegen Rudi Dutschke nicht beendet.

(Quelle: ND. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors)

Tour de Crise

Vortrag und Diskussion mit dem ehemaligen «konkret»-Redaktor

Jürgen Elsässer

zu den Krisenherden und Konflikten im Balkan und im Mittleren Osten. Elsässer ist Autor u.a. des Buches «Kriegslügen. Der Nato-Angriff auf Jugoslawien», Kai Homilius Verlag 2008.

Liederkonzert

mit der deutschen Liedermacherin

Marianne Hangstörfer

Ausstellung und Aperó

zum 30. Geburtstag von UNSERE WELT,
der Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung

Sonntag, 18. Mai 2008

14.00 Uhr

Galeriasaal Volkshaus Basel